Grussadresse des ZK zum Jahrestag der Parteigründung S. 4-7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 3. Januar 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Neujahrsansprachen. Alle Jahre wieder...

Bonner Lügen sollen uns betrügen

Weihnachten und Neujahr, das ist in jedem Jahr die Zeit der großen Reden, der wegweisenden Artikel, der Rückblicke der bürgerlichen Politiker auf das vergangene und der Vorausschauen auf das neue Jahr. Jeder von ihnen bemüht sich dabei auf seine Weise, die werktätigen Massen zu belügen und zu betrügen. Bundespräsident Scheel, Willy Brandt und natürlich auch Bundeskanzler Schmidt haben sich inzwischen zu Wort gemeldet. Den Vogel schoß dabei allerdings Kanzler Schmidt ab, als er unverfroren schrieb: „Wir können mit begründeter Zuversicht ins Neue Jahr gehen."

In jedem Jahr das gleiche. In seiner Neujahransprache zu Beginn des vergangenen Jahres versprach Schmidt: „Heute in zwölf Monaten wird es anders und besser aussehen."

Natürlich geht es uns nicht besser als vor zwölf Monaten, im Gegenteil, es geht uns schlechter. Daran ändern auch die noch so vielen Versprechungen Schmidts, die er im Laufe des Jahres machte, nichts. Was für ein zynisches Spiel mit den Hoffnungen und Wünschen der Werktätigen auf ein besseres Leben und eine glückliche Zukunft! Solange der Kapitalismus existiert, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes durch eine Handvoll räuberischer Monopolkapitalisten, wird es für die Werktätigen weder ein besseres Leben noch eine glückliche Zukunft geben. Und die Regierung wie auch der gesamte bürgerliche Staatsapparat haben keinen anderen Zweck, als den Monopolen die Höchstprofite zuzuschanzen und ihre Ausbeuterherrschaft gewaltsam aufrechtzuerhalten. Ihre Lügen dienen dazu, gerade diese Tatsachen vor den Massen zu vertuschen.

Hat nicht gerade Schmidt immer wieder im vergangenen Jahr die verschiedensten Rezepte als angebliche Auswege aus der Krise propagiert, die sich aber hinterher immer nur als Maßnahmen entpuppten, um die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, die der Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen durch die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat dienten? 5,5 Mrd. DM, den Werktätigen abgepresste Steuergelder, schob die Regierung Schmidt den Monopolen in den Rachen. Willkommene Subventionen für die Trusts und Konzerne, um die Betriebe durchzurationalisieren, die Arbeitshetze zu verschärfen und noch mehr Kollegen auf die Straße zu werfen. „Konjunkturprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze", so nannte es die Regierung. Und am Anfang des Jahres erklärte Schmidt zynisch: „Wenn wir alle zusammenstehen, wenn sich keiner auf Kosten des anderen bereichern will", dann werde es bald aufwärtsgehen. Ein Hohn! In einer Reihe mit dem Appell, den „Gürtel enger zu schnallen und Opfer zu bringen" — denn während es den Werktätigen immer schlechter geht, haben die Monopole ihre Profite gesteigert, sie haben sich auf Kosten der Werktätigen bereichert. Die Deutsche Bank z. B. raffte in der ersten Hälfte des Jahre 1975 49% mehr Profit zusammen als im Vorjahr. Und die Stahlmonopole Thyssen und Hoesch steigerten ihren offiziell ausgewiesenen Jahresüberschuß um 70 bzw. 90%.

„Zusammenhalten", „Opfer bringen", hieß es im letzten Jahr, um die Vertiefung der Klassengegensätze zu vertuschen und die Klassenzusammenarbeit zu propagieren. Und auch in diesem Jahr die gleichen Töne: Scheel ruft die Werktätigen einmal zu „Bescheidenheit" auf, ein andermal zur Überwindung ihrer „Sonderinteressen". Ebenso wie im vergangenen Jahr aber kündigen diese Parolen nur verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung an. **Den Lügen der bürgerlichen Weihnachts- und Neujahrsredner darf man nicht glauben. Die Arbeiterklasse hat mit ihren Ausbeutern nichts gemeinsam. Sie gewinnt Freiheit und Glück nur durch die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.**



Polizeischutz für ihr Lügengebäude

KPD/ML-Delegation in der VR Albanien

Gespräche mit dem ZK der PAA

Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Ramiz Alia, empfing am 15. und 20. Dezember 1975 den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Ernst Aust, und die anderen Genossen der von ihm geleiteten Delegation und führte mit ihnen Gespräche. Die Gespräche fanden in einem kameradschaftlichen internationalistischen Geist und der völligen Einheit statt, die die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien kennzeichnet. Es wurde ein breiter Fragenkreis über die internationale Lage, sowie andere Probleme von gemeinsamen Interesse behandelt. Die Delegation der KPD/ML ist inzwischen wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt.

Ein Film im französischen Fernsehen

KZ's in der UdSSR sind eine Tatsache

Am 11. Dezember hat das französische Fernsehen einen Film gezeigt, der heimlich in der Sowjetunion über ein KZ der russischen Sozialimperialisten in Riga, der Hauptstadt Lettlands, aufgenommen wurde. Bilder aus diesem Film sind inzwischen auch in der Bundesrepublik veröffentlicht worden. An ihrer Echtheit gibt es kaum Zweifel.

Der Inhalt des Films ist schnell beschrieben. Er zeigt ein Barackenlager, umgeben von Stacheldraht und Wachtürmen, hinter denen zahlreiche Gefangene zu sehen sind. In einer anderen Szene wird der Abtransport von Gefangenen in Lastwagen gezeigt. Die Gefangenen werden dabei von Soldaten mit Schäferhunden bewacht.

Nach der Veröffentlichung des Berichts von „amnesty international" über die politischen Gefangenen in der Sowjetunion wird damit zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert, daß die russischen Sozialimperialisten eine grausame Diktatur von der Art Hitlers über die Werktätigen und die Völker der Sowjetunion errichtet haben. In den KZs und den als „psychatrischen Sonderanstalten" getarnten Irrenhäusern der Neuen Zaren im Kreml sind über eine Million politische Gefangene eingekerkert. Die Tatsachen, die jetzt ans Tageslicht kommen, zeigen immer klarer, daß die Neuen Zaren im Kreml den Sozialismus nur als Aushängeschild im Munde führen, während sie in Wirklichkeit Faschisten sind.

Der Film über das KZ in der Nähe von Riga hat in Frankreich große Empörung hervorgerufen. Die Empörung war so groß, daß sich sogar die französische revisionistische Partei schon einen Tag nach der Ausstrahlung des Film genötigt sah, „ihre schärfste Mißbilligung" und ihr „tiefstes Befremden" über die Praktiken der sowjetischen Behörden auszudrücken. Gleichzeitig verlangten die französischen Revisionisten von Moskau eine Erklärung darüber, daß der Film nicht den Tatsachen entspricht. Sie verlang-

Fortsetzung auf Seite 2

Günter Routhier-Prozeß in Duisburg

Verurteilt werden die Zeugen des Mordes

Am 22. 12. ging in Duisburg der Prozeß gegen die Genossen Maicke und Martin Tuschen und Bernhard Kohnke zu Ende. Die Genossen waren angeklagt im Zusammenhang mit dem Polizeiüberfall auf das Arbeitsgericht in Duisburg im Juni letzten Jahres. Insgesamt wurden gegen die Genossen 11700 DM Geldstrafe verhängt. Gegen Genossen Bernhard hatte der Staatsanwalt vorher sogar 8 Monate Gefängnis ohne Bewährung gefordert.

Damit wurden bereits zum dritten Mal Genossen der Partei, Zeugen des Mordanschlages auf Günter Routhier, mithilfe der Polizisten, die an dem Polizeiüberfall beteiligt waren, verurteilt. Pit Routhier, der Sohn von Günter Routhier — zu 7 Monaten Gefängnis. Hanfried Brenner zu 12000 DM Geldstrafe. Und jetzt erneut die Genossen Bernhard, Martin und Maicke. Und alle diese Genossen haben weitere Prozesse zu erwarten, da zivile Polizisten in Duisburg extra darauf angesetzt sind, die als Kommunisten bekannten Duisburger Genossen neuer „Straftaten" zu überführen.

Das Gericht, das bereits Genossen Hanfried Brenner verurteilt hatte, ging hier mit noch größerem Terror gegen die Angeklagten vor. Ein Beispiel ist der vorletzte Prozeßtag. Als erste sagt an diesem Tag Rotraud Routhier aus. Sie berichtet, was Günter ihr von dem Überfall erzählt hat.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

"Spiegel"-Lügen über die KPD/ML ... 2
Freiheit für Klaus Kercher! ... 2
Spenden ... 2
Prozeßtermine ... 2
Kinderarbeit gibt es heute nicht mehr? ... 3
IGM-Vorstand untersagt Forderungen über 9% ... 3
Kampagne im Betrieb gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz ... 3
Zum 57. Jahrestag der Gründung der KPD, zum 7. Jahrestag der Gründung der KPD/ML und zum Neuen Jahr ... 4
Bericht aus einem Altersheim ... 8
Polizei übt Kopfschuß ... 8
Hetze zum Terror gegen Revolutionäre ... 8

KZ's in der UdSSR sind eine Tatsache

Fortsetzung von Seite 1

ten außerdem Beweise für die Falschheit des Films.

Natürlich sind die französischen Revisionisten mit ihrer Erklärung jetzt nicht etwa zu fortschrittlichen Menschen oder Anwälten der Freiheit geworden. Während sie die russischen Sozialimperialisten angreifen, verteidigen sie die Ausbeuterherrschaft der französischen Imperialisten über das Volk und nennen sie demokratisch. Die französischen Revisionisten sind keineswegs friedliche Engel, wie sie sich jetzt geben. Sie haben selbst oftgenug mit sozialfaschistischem Terror und ihren Schlägerbanden Revolutionäre und Marxisten-Leninisten, wie z.B. die Genossen unserer französischen Bruderpartei, Sympathisanten von ,,L'Humanite Rouge" usw. angegriffen und krankenhausreif geschlagen, um die Verbreitung des Marxismus-Leninismus zu verhindern und die Herrschaft der französischen Bourgeoisie zu schützen. Die französischen Revisionisten streben mit allen Mitteln nach der Beteiligung an der Macht und sie hoffen, daß die französische Bourgeoisie ihnen diese als Belohnung für ihren Verrat und als Ausweg aus der tiefen Krise, die Frankreich erfaßt hat, bald geben wird. Die französischen Revisionisten wissen aber auch, daß sie niemals an der Macht beteiligt werden, solange sie als Instrument der Politik der russischen Sozialimperialisten dastehen, solange es so aussieht, als ob sie von diesen abhängig sind.

Ihr Streit mit den russischen Sozialimperialisten hat aber die sozialfaschistische Unterdrückung in der Sowjetunion noch mehr ans Tageslicht gebracht. Selbst die französischen Revisionisten erklärten nach den ersten heftigen Dementis der Prawda über die Echtheit des Film, daß für sie noch lange nicht erwiesen sei, daß es sich tatsächlich um eine Fälschung handele, denn es sei bekannt, daß es in der Sowjetunion politische Gefangene gebe. Einen rüden Ordnungsruf der Neuen Zaren im Kreml ließen die französischen Revisionisten unbeachtet.

Vor kurzem sahen sich nun die russischen Sozialimperialisten gezwungen, zuzugeben, daß es das in dem Film beschriebene KZ tatsächlich gibt. Die Literaturnaja Gaseta, bei der es allerdings ,,Besserungskolonie" heißt, bestreitet nicht einmal mehr, daß der Film in der Sowjetunion gedreht ist, behauptet aber, die Aufnahmen zeigten eine ,,Baustelle" in der Nähe des Lagers. Jedes Kind kann aber sehen, daß das eine Lüge ist. Seit wann gibt es ,,Baustellen", die von Stacheldraht und Wachtürmen umgeben sind? In dem Lager, behauptet die Zeitung weiter, sitzen nur ,,Kriminelle". ,,Kriminell" aber, das ist bekannt, ist für die russischen Sozialimperialisten jeder, der gegen ihr Regime der Ausbeutung und Unterdrückung kämpft.

Die russischen Sozialimperialisten können die Wahrheit nicht vertuschen; die Neuen Zaren im Kreml sind Sozialfaschisten, die die Werktätigen der Sowjetunion grausam unterdrükken.



KZ-Schergen mit abgerichteten Hunden führen die Häftlinge vom Wohntrakt des Lagers zu den Arbeitsbaracken.



In speziellen Transportlastwagen werden die Gefangenen während der Fahrt wie Tiere in Käfige gesperrt.



Über 1000 Gefangene sollen in diesem Lager leben, das nicht anders als die Hitler KZs mit Mauern, Stacheldraht, Wachtürmen und Scheinwerfern eingegrenzt ist. Das Bild zeigt Häftlinge während des Arbeitsappells.

Verurteilt werden die Zeugen des Mordes

Fortsetzung von Seite 1

Sie sagt aus, daß ihr Mann in den letzten Tagen seines Lebens immer wieder gesagt hat: Das waren Gestapo-Methoden. Rotraud erklärt: Günter ist im Nazi-Faschismus aufgewachsen. Er konnte es einfach nicht fassen, daß heute schon wieder solche Methoden angewandt werden. Sie widerlegt auch die unverschämte Lüge, die noch heute durch die bürgerliche Presse geistert, Günter habe mit der Partei gar nicht zu tun gehabt. Er werde jetzt von der KPD/ML zu einem Märtyrer ,,aufgebaut". Rotraud sagt aus, daß Günter nach dem Polizeiüberfall Hanfried Brenner gebeten hat, in die Partei aufgenommen zu werden.

Als Maicke zu der Aussage von Rotraud Stellung nehmen will, wird ihr das Wort entzogen. Bernhard, der an ihrer Stelle das Wort ergreift, wird ebenfalls sofort unterbrochen. Er sagt: ,,Warum haben Sie es denn so eilig? Sie haben wohl Angst vor der Wahrheit?" Daraufhin verhängt der Richter 800 DM Ordnungsstrafe. Kurz darauf wird Bernhard vom Prozeß bis zum Ende der Beweisaufnahme ausgeschlossen.

Die Partei macht diesen Angriff der bürgerlichen Klassenjustiz noch am selben Wochenende durch Flugblätter, Plakate, Wandzeitungen und Stellschilder bekannt und ruft auf, beim letzten Prozeßtag die Genossen im Gericht zu unterstützen.

Da am letzten Prozeßtag sehr viele Zuschauer kamen, versuchte das Gericht mehrmals, den Prozeß hinauszuzögern. Allerdings ohne Erfolg, da die Zuschauerzahl sich eher erhöhte. Allen drei Genossen wurde beim Schlußwort das Wort entzogen. Zur Urteilsverkündung schließlich rasten mehrere Mannschaftswagen der Polizei in den Innenhof des Gerichts. Polizisten sprangen mit gezogenen Pistolen heraus. Im Zuschauerraum selbst war die erste Reihe von herbeigeholten Gerichtsdienern besetzt. Bei der Urteilsverkündung verließen dann alle außer ihnen den Saal. So war das Gericht unter seinesgleichen, als es ,,im Namen des Volkes" ein Urteil verkündete, das schon längst feststand.

Unterstützen wir die Duisburger Genossen, die vom Klassenfeind mit besonderem Haß verfolgt werden!

Freiheit für Klaus Kercher!

Am 8. Januar beginnt in München die Berufungsverhandlung gegen Klaus Kercher, der in der ersten Instanz wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. 12 Kollegen von Klaus, der jetzt bei Coop Schwaben arbeitet, unterschrieben eine Resolution, in der es heißt:

,,Wir Kollegen von Coop Schwaben haben erfahren, daß unser Kollege Klaus Kercher am 8. und 9. 1. 1976 vor Gericht in München steht und eine erneute Verurteilung zu erwarten hat. Die Anklage richtet sich eindeutig gegen die Beteiligung an einer Demonstration gegen die drohende Kriegsgefahr. Bevor unser Kollege vor Gericht gestellt wird, ist er schon verurteilt: So erteilte der Staat gegen ihn das Berufsverbot aufgrund seiner Beteiligung an der Demonstration und weil er sich dazu bekannt. Wie weit die ungeheuerliche Einschränkung seiner Freiheit jetzt schon geht, zeigt sich darin, daß er sich jede Woche auf dem Polizeirevier wie ein Verbrecher melden muß. Es geht noch weiter: So wurde er in unserem Betrieb nur unter der Bedingung eingestellt, daß er, wenn der Prozeß beginnt, entlassen wird.

Die Regierung beteuert uns, mit allen möglichen Mitteln der Propaganda, sich für den Frieden einzusetzen. Die Wirklichkeit sieht aber so aus, daß die beiden imperialistischen Supermächte Sowjetunion und USA ständig Kriegsvorbereitungen durch verschärfte Aufrüstung vorantreiben. Die Bundesregierung unterstützt diese Vorbereitungen, indem sie jeden entschlossenen Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr dieser beiden Supermächte mit Polizei, Gerichten und Berufsverboten zu unterdrücken versucht.

Deshalb erklären wir uns unabhängig von seiner politischen Überzeugung und Parteizugehörigkeit mit seinem Kampf für Demokratie und Frieden solidarisch. Wir schätzen Herrn Kercher als guten Arbeitskollegen. Deshalb verurteilen wir jeden Versuch, Herrn Kercher wegen seiner politischen Anschauungen und Parteizugehörigkeit zu verurteilen. Für uns bleibt Herr Kercher ein Arbeitskollege, auch wenn das Gericht versucht, ihn als Kriminellen abzustempeln. Wir fordern Aufhebung des Haftbefehls! Freispruch für Klaus Kercher!"

Prozeßtermine: 8. 1. 1976, 9 Uhr, Justizpalast München, Eingang Karlstor, Zi. 248/II. Als zweiter Verhandlungstag ist der 9. 1. 76 vorgesehen.

'Spiegel'-Lügen über die KPD/ML

Unter der Überschrift ,,Neues Feindbild" versucht ,,Der Spiegel" in seiner Ausgabe Nr. 52/1975 mit dem Mittel der Lüge und der Verleumdung die Politik der KPD/ML zu diffamieren (siehe Faksimile). Verfolgt wird damit offensichtlich, den Eindruck zu erwecken, daß unsere Partei den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zurückstellen und eine Politik in sozialchauvinistischen Bahnen betreiben würde und nicht die Interessen des Proletariats, die proletarische Revolution im Mittelpunkt des Kampfes stünden. Zum Ausdruck kommt in dieser Hetze nichts anderes, als die Hoffnung der Bourgeoisie, daß die Partei entarten und damit eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse werden könne.

In einer Gegendarstellung, die der Parteivorstand der KPD/ML vom ,,Spiegel" gefordert hat, heißt es:

Unwahr ist, daß die KPD/ML ein ideologischer Vasall Chinas ist. Wahr dagegen ist, daß die KPD/ML niemandes Vasall ist, sondern eine marxistische-leninistische Partei, die freundschaftliche, brüderliche Beziehungen zu ihren marxistisch-leninistischen Bruderparteien mit der Kommunistischen Partei Chinas und Albaniens an der Spitze, beruhend auf dem Prinzip der Gleichberechtigung und Nichteinmischung pflegt.

Unwahr ist, daß unser Hauptgegner nicht Bonn, sondern Moskau ist. Wahr dagegen ist, daß für uns der Hauptfeind der westdeutschen Werktätigen der westdeutsche Monopolbourgeoisie, der westdeutsche Imperialismus ist. Er, wie auch die zwei imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, mit ihren ostdeutschen Lakaien sind die ärgsten Feinde eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands, wie es die KPD/ML anstrebt.

Unwahr ist, daß auf Flugblättern unserer Partei der Verbleib der US-Truppen in Westdeutschland und eine Stärkung der Verteidigungskraft des Westens gefordert wird. Wahr dagegen ist, daß die KPD/ML angesichts der, durch die Rivalität der zwei Supermächte hervorgerufenen wachsenden Kriegsgefahr, für den Abzug aller Besatzertruppen aus Ost- und Westdeutschland, den Austritt beider deutscher Staaten einerseits aus der NATO, andererseits aus dem Warschauer Pakt, für die Erhöhung der Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft der europäischen Völker kämpft, wobei sie der Meinung ist, daß man sich im Kampf gegen die Supermächte nicht auf die eine gegen die andere stützen, daß man den Teufel nicht mit dem Belzebub vertreiben kann.

Neues Feindbild

Chinas ideologische Vasallen in der Bundesrepublik dürften den Verfassungsschutz künftig in einige Verlegenheit bringen. Auf einer — offenbar nicht ohne chinesisches Zutun zustande gekommenen — Konferenz haben die seit langem um die wahre Lehre Maos rivalisierenden Splittergruppen KPD und KPD/ML ,,in einer Atmosphäre der Freundschaft und Solidarität" ihren Streit begraben und ihr Feindbild berichtigt: Der gemeinsame Hauptgegner sitzt künftig nicht mehr in Bonn, sondern in Moskau. Auf Flugblättern fordern die militanten Ultralinken neuerdings den Verbleib der US-Truppen in Westdeutschland und eine ,,Stärkung der Verteidigungskraft" des Westens.

Prozeßtermine

Fünf Genossen stehen am 8.1. , 15.1. und 22.1. vor dem Bielefelder Amtsgericht. In diesem Prozeß werden insgesamt neun Strafbefehle verhandelt, darunter allein vier gegen den presserechtlich Verantwortlichen unserer Partei für den Bielefelder Raum, Genossen W. Giese. Die Anklage lautet auf Beleidigung. Genosse W. Giese wird darüberhinaus in einem Fall der schweren Körperverletzung, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Beleidigung beschuldigt. Diese Anklage ist mit einer zivilrechtlichen Forderung eines Polizisten nach 6500 DM verbunden. **Die Prozesse beginnen am 8. und 15.1. jeweils um 8.30 Uhr, am 22.1. um 14.30 jeweils im Amtsgericht Bielefeld, Zimmer 235.**

Ebenfalls am **8.1. um 8.30 Uhr (Raum 261' Amtsgericht Bielefeld)** will die bürgerliche Klassenjustiz einen zweiten Prozeß gegen Genossen W. Giese führen. Die Anklage: Billigung eines Verbrechens. In diesem Prozeß ist außerdem Genossen Ch. Giese wegen Beleidigung und Verstoßes gegen den § 90 a in Zusammenhang mit einem Artikel in der ,,Roten Presse", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Rheinstahl angeklagt.

Spenden für den ROTEN MORGEN

Im Dezember gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein:

Rote Garde Reutlingen, 1.12. 42,50 DM. H. u. R.K. Essen, 4.12. 120 DM. Rote Garde Wiesbaden, 5.12. 15 DM. OG Kiel 5.12. 184,70 DM. P.M. Westberlin, 5.12. 8000 DM. Kunden des Buchladen ROTER MORGEN, Bochum, 8.12. 21,41 DM. W.H. München, 8.12. 70 DM. B.M. Mannheim, 9.12. 38,17 DM. Kunden im Parteibüro Hannover 10.12. 50 DM. R.S. Westerland 11.12. 30 DM. H.M. Nürnberg 16.12. 20 DM. F.O. Oberdürbach 16.12. 70 DM. J. u. K.W. Bremen 16.12. 1000 DM. OG Wolfsburg 19.12. 100 DM. Rote Garde-Treff, Gießen 19.12. 15 DM. OG Bremen 19.12. 85 DM. LV Wasserkante 19.12. 321 DM. LV Bayern 19.12. 350 DM. LV NRW 19.12. 100 DM. R.C. Herford 18.12. 41,50 DM. C.W., diesjähriges Treuegeld, für dessen Erhalt wir zwei Stunden arbeiten mußten, 19.12. 80 DM. Somit wurden im Dezember insgesamt 10734,28 DM für den ROTEN MORGEN gespendet.

Insgesamt gingen im letzten Jahr folgende Spenden für den ROTEN MORGEN ein:

JANUAR	6516.35DM
FEBRUAR	3222.35DM
MÄRZ	1453.00DM
APRIL	1650.70DM
MAI	1713.80DM
JUNI	618.52DM
JULI	12649.07DM
AUGUST	2601.84DM
SEPTEMBER	7932.50DM
OKTOBER	1407.22DM
NOVEMBER	2226.33DM
DEZEMBER	10734.28DM
SUMME	52722.56DM

Wir bedanken uns bei allen Lesern des ROTEN MORGEN für die Unterstützung im letzten Jahr.

Wegen der Feiertage in der vergangenen Woche hat dieser ROTE MORGEN nur 8 Seiten. Nr. 2 erscheint wieder im gewohnten Umfang.



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements. (Ausgabe 1/76 mit Beilage)

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

11j. Kinder: 5000 Arbeitsstunden in 2 Jahren

Kinderarbeit gibt es heute nicht mehr?

Kinderarbeit, die gab's im Frühkapitalismus, aber doch heute nicht mehr, so hört man manchmal. Doch auch heute gibt es noch Kinderarbeit in der Bundesrepublik. Vor kurzem wurde ein Bericht der Gewerbeaufsichtsbehörden veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß in verschiedenen kleineren Betrieben, auf Kirmesplätzen, bei Supermärkten Dutzende Kinder zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden.

Im Laden einer Metzgerei arbeiteten drei junge Mädchen unter 16 Jahren täglich neuneinhalb Stunden, drei Jungen mußten sogar schon um 5 Uhr in der Frühe mit der zehnstündigen Arbeit beginnen. In einer Molkerei mußte ein Junge die Arbeit um 4 Uhr früh beginnen und in einer Fabrik mußte ein Junge sogar einen schweren Gabelstapler fahren. Erst nachdem er einen Unfall hatte, kam dieser Fall ans Tageslicht. Großmärkte und Supermärkte stellen Kinder gerne an, um die Einkaufswagen zusammenschieben zu lassen. Zehn schulpflichtige Kinder wurden allein bei einem Supermarkt bei der Arbeit entdeckt.

Die schlimmsten Fälle passierten in einem Großhandelsbetrieb und in einer Spielwarenfabrik. In dem Großhandelsbetrieb mußte ein Grundschüler auf Lastwagen schwere Behälter mit Speckschwarten ausladen. Die ungekühlten Speckschwarten stanken und waren teilweise mit Maden durchsetzt. Die Arbeitskleidung des Jungen triefte von Fett. In der Spielwarenfabrik wurden sogar Stechkarten und Lohnlisten gefunden. Aus den Unterlagen ging hervor, daß in der Zeit von 1972 bis 1974 mindestens 30 Kinder im Alter von 11 bis 15 Jahren dort beschäftigt waren. Die Kinder leisteten rund 5 000 Arbeitsstunden ab. Und die Gemeinde hatte für 13 Kinder auch noch Lohnsteuerkarten ausgestellt.

Die Kinder, die in den verschiedenen Betrieben arbeiteten, mußten nicht nur während der Schulzeit die Arbeit leisten, sondern teilweise nachts und an den Wochenenden. Ihr kärglicher Lohn betrug ca. 2 DM für die Stunde.



Arbeiterjugend als Schuhputzer und Lastenschlepper. Gewiß, die Bilder sind 50 Jahre alt. Gewiß haben wir wir heute ein Jugendschutzgesetz, das Kinderarbeit verbietet — doch damals wie heute lassen insbesondere Kleinkapitalisten Kinder, wenn sich ihnen die Möglichkeit dazubietet, für Pfennige schwere Arbeit verrichten.

Auf diese Art und Weise werden Kinder schon in jungen Jahren ausgebeutet. Sie können in der Schule nicht mehr mithalten und werden gesundheitlich ruiniert. Für den Profit ist das den Kapitalisten vollkommen egal.

Es gibt doch das Jugendarbeitsschutzgesetz? Das gibt es, und in den Großbetrieben gibt es auch in den seltensten Fällen Kinderarbeit. Aber in solch kleineren Betrieben, die meistens noch abgelegen sind, da haben die Kapitalisten eher die Möglichkeit, ihre Gesetze offen zu brechen, ohne daß daraus gleich ein riesiger Skandal wird. Viele Familien in diesen Gegenden sind im Grunde sogar auf das Geld der Kinder angewiesen.

Besonders in den ländlichen Gebieten, in der Landwirtschaft oder wo noch die Heimarbeit verbreitet ist, müssen die Kinder nach der Schule mitarbeiten.

Daß heute eigentlich die Kinderarbeit verboten ist, das ist kein freiwilliges Zugeständnis der Kapitalisten, sondern das ist das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse. Wenn heute solche Ausbeutungsmethoden verboten sind, heißt das ja nicht, daß der Kapitalismus menschlicher geworden ist. Man braucht nur einmal die versierten, wissenschaftlich ausgeklügelten Ausbeutungsmethoden in den Betrieben anzusehen.

Der Kapitalismus ist ein durch und durch menschenfeindliches System, nicht einmal vor den Kindern machen die profithungrigen Kapitalisten halt, sie versuchen jede Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiterklassse auszunutzen oder sie durch verkommene Kultur, Drogen usw. gefügig zu machen und sie zu willigen Ausbeutungsobjekten und als Kanonenfutter zu erziehen. Das ist es, was der Kapitalismus den Kindern und Jugendlichen zu bieten hat, während die Kinder im Sozialismus frei, gesund und glücklich aufwachsen, weil dort die Arbeiterklasse selbst die Macht in den Händen hält.

Ein enthüllender Beschluß

IGM-Vorstand untersagt Forderungen über 9%

Wie die Gewerkschaftszeitung „METALL" in ihrer Dezemberausgabe berichtet, hat der Hauptvorstand der IG-Metall auf seiner letzten Sitzung beschlossen, daß keine Forderung mehr in der laufenden Tarifrunde genehmigt werden soll, die mehr als „9% Belastung für die Unternehmer bringt".

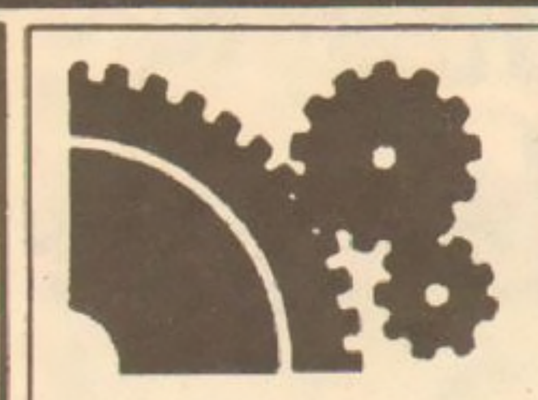
Damit wird also vom Gewerkschaftsapparat von vorneherein jede Forderung der Kollegen in den Betrieben verboten, die 9% übersteigt.

Dieser Beschluß des Gewerkschaftsvorstandes ist in der Tat ein Schlag ins Gesicht eines jeden Kollegen. In aller Offenheit haben sich damit die Führer des Gewerkschaftsapparates selbst demaskiert. Der Beschluß zeigt deutlich, wie sie an die Forderungen der Arbeiterklasse herangehen: Sie sehen diese Forderung nicht etwa als gerechte Sache an, für die man kämpfen muß, sondern als „Belastung der Unternehmer". Es ist der Standpunkt der Kapitalistenklasse, von dem aus sie an die Forderungen der Arbeiterklasse herangehen. Sie wollen die Kapitalistenklasse vor „zu hohen Belastungen" schützen, während auf der anderen Seite über eine Million Kollegen arbeitslos sind, auf der Straße stehen, während der Lebensstandard der Arbeiterklasse von Monat zu Monat immer mehr beschnitten und gesenkt wird.

Inzwischen haben bereits die einzelnen Tarifbezirke der IGMetall ihre Forderungen, die zwischen 7.5% und 8.5% liegen, gegen die Forderungen der Kollegen aufgestellt. Und jeder weiß, daß diese Forderungen einen Abschluß bei 5% bedeuten werden. Und das bei einer Inflation von 5 bis 6%, Sparmaßnahmen, Gebührenerhöhungen, Kurzarbeit, Lohngruppensenkungen und Akkorderhöhungen. Macht man einen Strich darunter, so sieht man: Im kommenden Jahr wird der Lebensstandard der Arbeiter noch mehr als bisher gesenkt werden.

Zum anderen entlarvt der Beschluß, daß die Forderungen über 9% vom Gewerkschaftsapparat nicht mehr genehmigt werden, den faulen Zauber, den die Gewerkschaftsführung in den letzten Jahren trieb, um das immer schlechtere Ansehen des Gewerkschaftsapparates aufzupolieren: Sie sprachen stets viel vom „Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie". Z. B. auch davon, daß die „Basis", wie sie abschätzend von den Kollegen sprechen, bei der Aufstellung von Forderungen mehr beteiligt werden müsse usw. Der jetzige Beschluß des IGM-Hauptvorstandes zeigt deutlich, daß hier nur Theater gespielt wurde, um den kapitalistischen Gewerkschaftsapparat für die Kollegen „attraktiv" erscheinen zu lassen. Daß in Wirklichkeit vielmehr die Forderungen und Abschlüsse stets vom Gewerkschaftsapparat diktiert worden sind, diktiert gegen den Kampfeswillen und die Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Der Grund, warum die IGM-Führer jetzt einen direkteren und offeneren Ton anschlagen, liegt darin, daß die Situation sich merklich zuspitzt. Auf der einen Seite die Monopolbourgeoisie, die ihre Profite stabilisieren und wo möglich erhöhen will, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, in der die Unruhe über Arbeitslosigkeit, Lohnraubabschlüsse, Stillegungen wächst und die Kampfentschlossenheit ansteigt, wie es sich in zunehmenden spontanen Kampfaktionen, in den Forderungen, die die Kollegen aufstellen, zeigt. In dieser Situation, in der die Unterdrückung der Arbeiterklasse verschärft wird, um die gesteigerte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse durchzusetzen, offenbart sich daher auch klarer als zuvor, daß der DGB-Apparat kein Organ der Arbeiterklasse zur Erkämpfung ihrer Forderungen und ihrer Interessen ist, sondern ein Apparat zur Durchsetzung des Willens der Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates.





Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Kampagne im Betrieb gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz

Um die Kampagne der Partei gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz zu unterstützen und diesen Fall möglichst vielen Kollegen bekanntzumachen, habe ich mir vorgenommen, im Vertrauensleutekörper eine Resolution gegen dieses Gesetz zur Abstimmung zu bringen. Da der Vertrauensleutekörper jedoch hauptsächlich von rückschrittlichen Kollegen und Gewerkschaftskarrieristen besetzt ist, war es notwendig, die Sache gründlich vorzubereiten. Daß mein Vorhaben nicht geglückt ist, zeigt noch einmal mehr die völlige Verkommenheit des Vertrauensleutekörpers und daß man den Vertrauensleutekörper bekämpfen muß als Instrument der Kapitalisten gegen uns. Dies ist aber nur der eine, und zwar der unwichtigere Teil meiner Aktivitäten in dieser Angelegenheit.

Zunächst habe ich zur Vorbereitung mit den Kollegen meiner Abteilung (die sich auch die „rote KH" nennt, wenn es gegen die Geschäftsleitung und die Betriebsrats-Bonzen geht) das Extrablatt des ROTEN MORGEN diskutiert. Alle Kollegen waren einhellig der Meinung, daß man dieses Gesetz aufs schärfste verurteilen muß. Allerdings gingen die Meinungen in Bezug auf die Konsequenzen, was wir denn nun tun müßten, weit auseinander. Ein Teil wollte nichts tun, mit dem Argument, daß man nichts tun könne. Das war aber nur ein kleiner Teil. Die meisten fanden es richtig, im Vertrauensleutekörper eine Abstimmung darüber anzustreben. Dabei war es zunächst einmal wichtig, das Gesetz allen zukommen zu lassen; mit Erläuterungen und Kommentaren, um das Verständnis für den Sachverhalt zu vergrößern. Ich setzte mich hin, und arbeitete die Sache aus.



Das Gesetz soll bewirken, daß nirgendwo geschrieben oder gesagt werden darf, daß Gewalt unsere politischen oder sozialen Probleme lösen helfen kann.

Hier folgt eine Aufzählung von Taten, die bisher bereits unter Strafe gestellt wurden:

Der Genosse kopierte den Gesetzestext und erläuterte ihn für die Kollegen.

Ein harter Brocken für die Abteilung ist ein SPD-Betriebsrat. Einerseits setzt er sich für berechtigte Forderungen der Kollegen ein. Aber er weicht sofort zurück, wenn sich der Druck der Geschäftsleitung verstärkt — was bei ihm besonders zieht, weil er gleichzeitig Vorarbeiter unserer Abteilung ist. Er ist aber eine wichtige Figur, da sein Wort bei vielen anderen Kollegen im Betrieb viel gilt. Man mußte ihn für diese Aktion gewinnen. Deswegen verband ich mich besonders eng mit einem Kollegen, der schon in vielen Kampfaktionen seiner Abteilung und des Betriebes mit an erster Stelle gestanden hat. Er hat viel Einfluß auf den fortschrittlichsten Teil der Belegschaft in der Abteilung und im Betrieb.

Gemeinsam redeten wir auf den SPD-Betriebsrat und andere Vertrauensleute ein bis wir die Zustimmung für die Aktion hatten. Besonders erfreulich war, daß dieser Kollege von sich aus zahlreiche Initiativen ergriff. Zur Partei hat er nämlich noch ein distanziertes Verhältnis. Insbesondere hat er jeden Glauben daran verloren, daß die Kollegen jemals vereint gegen die Kapitalisten handeln würden — er habe da seine Erfahrungen gemacht in seinem langen Leben. Deshalb ist er nicht bereit, organisiert — z.B. in einer RGO-Grupe — mitzuarbeiten.

Auf diese Weise wurde schon die Vorbereitung in mancher Hinsicht ein Erfolg: Ein großer Teil der Kollegen wurde informiert, ein kleinerer Teil wurde in aktive Beziehungen zum Kampf gegen das Gesetz gebracht, ein noch kleinerer Teil hat in diesem Kampf die „führende Gruppe" und den organisatorischen Kern gebildet.

Nach der erfolglosen Vertrauensleutekörper-Sitzung war die Empörung in meiner Abteilung groß. Insbesondere wurde der SPD-Betriebsrat angegriffen, weil er in der Vertrauensleutekörper-Sitzung nicht einmal das Wort ergriffen hatte für eine Abstimmung. Sein Argument, daß man ihn nicht dazu drängen könnte, gegen seine Partei Stellung zu nehmen, wurde ihm um die Ohren geschlagen. Wir holten uns noch weitere Kollegen aus dem Vertrauensleutekörper ran, und setzten uns mit dem Argument einiger freigestellter Betriebsräte auf der Vertrauensleutekörper-Sitzung auseinander, die gesagt hatten, Politik gehöre nicht in den Betrieb und auf die Sitzung. Insbesondere der harte Kern meiner Abteilung machte diesen Kollegen klar, daß alles Politik sei, und daß ihnen nach Verabschiedung dieses Gesetzes auch für den Rest ihrer anderen Arbeit im Betrieb die Handschellen angelegt würden. So wurde die im Vertrauensleutekörper abgewürgte Diskussion im Betrieb mit viel mehr Kollegen nachgeholt. Wichtig und gut war auch, daß jetzt viele Kollegen den Gesetzestext hatten und die Diskussion darüber verbreitet wurde. Soweit zu dieser speziellen Aktion.

Unterstützen werden wir die Kampagne der Partei noch mit einer Ausgabe unserer Betriebszeitung im nächsten Jahr. Bei den Lehrlingen haben die Genossen im Betrieb einen Kollegentreff zusammengebracht, an dem etwa 10 Lehrlinge teilgenommen haben. Dort wurde die Resolution verabschiedet, die auch dem Vertrauensleutekörper vorgelegt worden war. Ein paar Tage später sind wir zusammen in den Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" gegangen — ein Film, der sich gut für die Agitation der Kollegen eignet! Dies war bereits die zweite Sitzung der Kollegen zu einem Thema und die Tendenz geht dahin, daß sich die Gruppe innerlich immer mehr zusammenschließt und mehr und mehr die Linie der ROTEN GARDE ergreift. Aus ihr wird sicherlich in Zukunft eine RGO-Gruppe für die Lehrlinge entstehen.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg.

Empörung über das neue Gesetz

Korrespondenz. Ich arbeite in einem kleinen Hamburger Maschinenbaubetrieb. Unter der Hand habe ich das ROTE MORGEN-Extrablatt gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz verteilt und viele Diskussionen mit den 20 Kollegen geführt. Die Kollegen sind über das neue Gesetz empört, das zeigte sich auch daran, daß 8 von den 20 Kollegen bereit waren, ihre Unterschrift gegen diesen Gesetzentwurf zu geben.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg.

Zum 57. Jahrestag der Gründung der KPD, zum 7. Jahrestag der Gründung der KPD/ML und zum Neuen Jahr

Grussadresse des ZK der KPD/ML

Kolleginnen, Kollegen, Freunde, Genossen,

zum 57. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zum 7. Jahrestag der Gründung unserer Partei und zum neuen Jahr entbietet Euch das Zentralkomitee der KPD/ML seine herzlichsten, brüderlichen Kampfesgrüße.

Wachsende Unruhe in der ganzen Welt

Das zurückliegende Jahr hat uns sehr deutlich gezeigt, wie sich das Fortschreiten der allgemeinen Krise des Imperialismus darin ausdrückt, daß die ganze Welt von wachsender Unruhe ergriffen wird. 1975 feierten die Völker Indochinas nach langen Jahren des heldenhaften Volkskrieges den Sieg über den US-Imperialismus. Es ist ein großer Sieg für die revolutionären Kräfte in der ganzen Welt, daß das kambodschanische Volk nun siegreich auf dem Weg der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, der Errichtung und Festigung der Volksmacht, des Aufbaus einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung vorwärtsschreitet.

Die Entwicklung der revolutionären Kämpfe der Völker aber ist nicht immer gradlinig. Nachdem das vietnamesische Volk in seinem heroischen Befreiungskampf, der die revolutionären Bewegungen auf der ganzen Welt beflügelt und für immer ein leuchtendes Beispiel des revolutionären Kampfes bleiben wird, den US-Imperialismus vertrieben hat, versucht nun in zunehmendem Maße der russische Sozialimperialismus dem heldenhaften vietnamesischen Volk die Früchte seines Sieges zu rauben und Vietnam unter seine Vorherrschaft zu zwingen. Auch für den Kampf des angolanischen Volkes ist eine sehr schwierige Situation entstanden. Mit der Waffe in der Hand hat es im revolutionären Volkskrieg die portugiesische Kolonialherrschaft gestürzt. Aber der Sieg im Kampf für die nationale Unabhängigkeit ist noch nicht errungen. Angola ist vielmehr zum Schauplatz der erbitterten Rivalität der beiden Supermächte geworden. Sie schüren den Bruderkrieg in Angola, um das an Bodenschätzen reiche Land unter ihre Kontrolle zu bekommen. In dieser Hinsicht hat auch der Kampf in Portugal eine ähnliche Entwicklung genommen. Nach dem Sturz des Caetano-Faschismus haben die werktätigen Massen Portugals einschließlich der revolutionären Soldaten in vielen Kämpfen ihren Willen bewiesen, die Revolution weiterzuführen. Aber es ist den modernen Revisionisten Portugals, der sozialfaschistischen Cunhal-Partei, gelungen, die Kämpfe und Forderungen der Volksmassen für ihre konterrevolutionären Ziele zu mißbrauchen. Die sozialfaschistische Cunhal-Partei wird massiv vom russischen Sozialimperialismus unterstützt und stellt natürlich das Einfallstor für die Interessen Moskaus in Portugal dar. Auf der anderen Seite ist es jenen Kräften der Konterrevolution, die unter dem Einfluß des US-Imperialismus, aber auch der westeuropäischen Imperialisten stehen, gelungen, den wachsenden Haß von Teilen der portugiesischen Volksmassen gegen Sozialfaschismus und Sozialimperialismus für ihre konterrevolutionären Ziele auszunutzen.

Auch in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern hat der Kampf der Arbeiterklasse einen Aufschwung genommen. In den westlichen kapitalistischen Ländern fanden und finden Streikbewegungen statt, die Millionen Proletarier erfassen. Aber wir müssen auch feststellen, daß die Massenkämpfe nach wie vor zum großen Teil unter dem Einfluß der modernen Revisionisten und der Sozialdemokratie stehen. In den revisionistischen Ländern, die wie die übrige kapitalistische Welt von Krisenerscheinungen geschüttelt werden, wächst die Unruhe und Empörung unter den Werktätigen. In Polen führt die illegale Kommunistische Partei einen heldenhaften Kampf gegen die Gierek-Clique und den russischen Sozialimperialismus. Mit besonders großer Freude erfüllt uns die Tatsache, daß auch in der DDR die marxistisch-leninistischen Kräfte erstarkt sind. Das ist für das ganze deutsche Volk von größter Bedeutung.

Wir können an dieser Stelle nicht auf die Entwicklung an allen Frontabschnitten der Weltrevolution eingehen, aber die hier angeführten Beispiele lehren uns, daß die Kämpfe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker unbedingt die Führung durch korrekte marxistisch-leninistische Parteien benötigen, wenn sie nicht ins Magnetfeld der imperialistischen Interessen, vor allem der einen oder der anderen Supermacht, geraten sollen. Sie lehren uns weiter, daß das Proletariat und die unterdrückten Völker nur dann dauerhafte Siege erringen können, wenn die Feinde in den eigenen Reihen, vor allem die modernen Revisionisten, aber auch alle anderen verräterischen Elemente, die sich an den Imperialismus verkauft haben, schonungslos bekämpft und isoliert werden. Deshalb ist es von großer Bedeutung, daß mit dem Aufschwung der revolutionären Kräfte in der ganzen Welt gleichzeitig auch die marxistisch-leninistischen Parteien erstarken, die letztlich allein in der Lage sind, den Kämpfen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker eine klare Orientierung zu geben.

In vielen Ländern, in denen der revolutionäre Kampf auf das Schärfste entbrannt ist, besteht für die Zukunft der Revolution folgende große Gefahr: Während der US-Imperialismus und die innere Reaktion klar von den kämpfenden Massen als Feinde erkannt werden, besteht über den aggressiven Charakter des russischen Sozialimperialismus nach wie vor große Illusionen. Während die Völker kämpfen, um den einen Wolf, den US-Imperialismus, zu vertreiben, schleicht sich durch die Hintertür der andere Wolf, der russische Sozialimperialismus, ins Land. Es ist für die Völker nicht leicht, diese Gefahr rechtzeitig zu erkennen; denn dieser russische Wolf hat sich den Schafspelz des „Sozialismus" und des „antiimperialistischen Kampfes" umgehängt.

Trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren können wir feststellen, daß im zurückliegenden Jahr die Kräfte der Revolution weltweit einen großen Aufschwung genommen haben. **Die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus stellen nach wie vor die Haupttendenz der internationalen Entwicklung dar. Aber auch die Faktoren des Krieges sind angewachsen.** Auf allen Kontinenten hat sich die Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte verschärft. Ihr Ringen um die Weltherrschaft ist die Hauptquelle für die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges. Die russischen Sozialimperialisten haben die Tatsache, daß der US-Imperialismus jahrelang in Indochina gebunden war, ausgenutzt, um ihre Position in Europa zu stärken. Jetzt verstärkt der US-Imperialismus ebenfalls seine Stellung in Westeuropa. Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr aber wäre es völlig falsch, in Fatalismus zu verfallen, einseitig das Anwachsen der Faktoren des Krieges zu betonen und nicht zu sehen, daß ja auch die Kräfte der Revolution einen gewaltigen Aufschwung nehmen. **Die Zukunft der Völker ist glänzend und der Sturz des Imperialismus unaufhaltsam: entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder die Revolution wird dem Krieg zuvorkommen.**

Stillhalten oder kämpfen?

In Westdeutschland war die Klassenkampfsituation 1975 vor allem durch die Verschärfung der kapitalistischen Krise gekennzeichnet. Ein Heer von über einer Million Arbeitslosen ist entstanden. Durch die Verschärfung der Ausbeutung und der staatlichen Ausplünderung versuchen die Kapitalisten, die Lasten der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Das Lebensniveau der Werktätigen sinkt.

Trotz der absoluten Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen ist es in dem zurückliegenden Jahr nicht zu großen Massenstreiks der Arbeiterklasse gekommen. Heißt das, daß die Arbeiterklasse in der Krise nicht kämpfen kann, wie es die Propaganda des DGB-Apparats, aber auch der modernen Revisionisten behauptet? — Natürlich nicht, die Ursache für das Ausbleiben großer Kampfaktionen in den Großbetrieben liegt woanders. Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Entstehung eines großen Arbeitslosenheeres ist für die westdeutsche Arbeiterklasse eine neue Kampfbedingung entstanden. Gerade das Industrieproletariat in den Großbetrieben besteht vor allem aus jüngeren Kollegen, die noch nie unter den Bedingungen breiter Massenarbeitslosigkeit gekämpft haben. Das Risiko eines Arbeitskampfes vor Beginn der jetzigen Wirtschaftskrise, vor dem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit war kalkulierbar. Im Falle des Streikerfolges gewann man ein paar Mark. Brach der Streik zusammen, drohte einem im Normalfall nur der Verlust durch die unbezahlten Streiktage. Eine reale Drohung von Massenentlassungen bestand nicht, weil die Kapitalisten selbst an einer möglichst schnellen Wiederaufnahme der Produktion interessiert waren, um die günstigen Profitbedingungen zu nutzen.

Im letzten Jahr aber sah es anders aus. Ein Millionenheer von Arbeitslosen existierte, die produzierten Waren stapelten sich auf den Halden, die Kapitalisten wollten die Produktion senken und die Belegschaften reduzieren. Die Kollegen fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes und vor allem auf diesen Punkt konzentriert sich die Einschüchterungspropaganda der Kapitalisten, wie sie von der Regierung, aber auch vom DGB-Apparat verbreitet wird. „Höhere Löhne führen zu größerer Arbeitslosigkeit" — auf diesen Nenner läßt sich diese reaktionäre Propaganda bringen, durch die die Arbeiterklasse vom Kampf für ihre Interessen abgehalten werden soll.

Weil gerade in der Krise die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruches zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zum Ausdruck kommt, versuchen die Kapitalistenklasse, ihre Regierung und ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung massiv die Ideologie der Klassenversöhnung und der Klassenzusammenarbeit in die Arbeiterklasse zu tragen. Die Arbeiterklasse soll nicht erkennen, daß die Krise ein notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung und Profitgier ist. Stattdessen stellt die bürgerliche Propaganda die Krise als eine Art Naturkatastrophe hin, die über die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse hereingebrochen ist und deren schlimme Folgen man nun gemeinsam beseitigen müsse. Kapitalisten und Arbeiter haben angeblich die gleichen Interessen, sollen in einem Boot sitzen. Neu ist diese kapitalistische Propaganda nicht, und es ist bekannt, was sie bezwecken soll: die Arbeiterklasse soll den Gürtel enger schnallen, Lohnverzicht üben, nicht für ihre Interessen kämpfen, während die Kapitalisten die Rationalisierung vorantreiben, die Ausbeutung verschärfen, Arbeiter auf die Straße setzen und sich von ihrer Regierung Milliardensubventionen auszahlen lassen.

Diese Lüge von den gemeinsamen Interessen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten wird auch von den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW aufgetischt, allerdings in „linker" Verpackung. Sie geben die Parole aus „Massenkaufkraft erhöhen". Auf den ersten Blick scheint das eine Forderung zu sein, die im Interesse der Arbeiterklasse ist. Doch den modernen Revisionisten geht es nicht um mehr Lohn. Im Gegenteil, mit ein wenig Demagogie verbrämt, haben sie in den letzten Tarifbewegungen stets geholfen, die Lohnraubabschlüsse durchzusetzen. Worum geht es den modernen Revisionisten wirklich? — Sie lügen, es sei nicht wahr, daß der Kapitalismus die Arbeiterklasse immer tiefer ins Elend stößt. Sie behaupten, die kapitalistischen Krisen könnten dadurch überwunden werden, daß die Kapitalisten den Arbeitern mehr Lohn zahlen, damit diese mehr Waren kaufen können. Es ist hier nicht der Ort, den ökonomischen Unsinn dieser Behauptungen nachzuweisen. Jeder kann sehen, daß diese revisionistischen „Theorien" im völligen Widerspruch zur kapitalistischen Wirklichkeit stehen. Jetzt, wo die Arbeiterklasse schwer von den Auswirkungen der Krise betroffen ist, schüren die modernen Revisionisten die Illusion von einem Kapitalismus ohne Krisen. So wollen sie die Arbeiterklasse an den Kapitalismus ketten.

Wie aber sieht die Wirklichkeit der kapitalistischen Krise für die Arbeiterklasse aus? — Nicht nur die Phrasen vom „steigenden Wohlstand" erweisen sich als Lüge, den Werktätigen wird auch noch das Wenige, wofür sie jahrelang geschuftet haben, genommen: Das Auto muß verkauft werden, die letzten Ersparnisse gehen drauf usw. Immer tiefer drückt der Kapitalismus das Lebensniveau der werktätigen Massen hinab. Da soll die Propaganda der modernen Revisionisten verhindern, daß die Arbeiterklasse erkennt, was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest geschrieben haben: *„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."*

Die Propaganda der Klassenversöhnung kann vielleicht vorübergehend Teile der Arbeiterklasse verunsichern, sie kann nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse den Kampf schließlich um so erbitterter aufnehmen wird. Das hat sich bereits im vergangenen Jahr angedeutet. Die Kämpfe der Kollegen in Erwitte, im Kalletal u.a. zeigten die enorme Verschärfung des Klassenkampfes, die hier lediglich aufgrund der besonderen Bedingungen früher zum Ausbruch gekommen ist als in den Großbetrieben der Industriezentren. Und so wird die Wirklichkeit auch jene reaktionäre Propaganda widerlegen, die behauptet, in der Krise könne die Arbeiterklasse nicht kämpfen. **„Stillhalten oder kämpfen?" — Auf diese Frage kann es für die Arbeiterklasse nur eine Antwort geben: Kampf.** Kampf gegen die wachsende Verelendung und Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die gewaltsame sozialistische Revolution. Das ist der Weg, den wir der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen weisen müssen. Es ist der einzige Weg, der aus dem kapitalistischen Elend führt, und die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen werden unter der Führung der Partei diesen Weg beschreiten.

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung voran

Und die Bourgeoisie weiß, was auf sie zukommt. Sie verläßt sich keineswegs auf den Erfolg ihrer Klassenversöhnungspropaganda. Sie treibt die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, sie bereitet die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur vor, um die sozialistische Revolution im Terror zu ersticken. Unsere Partei hat mehrfach betont, daß wir die Errichtung des Faschismus durch eine faschistische Massenpartei wie einst die NSDAP für unwahrscheinlich halten. Wir haben stets die Theorie der modernen Revisionisten zurückgewiesen, daß die faschistische Gefahr lediglich vom sogenannten „Rechtskartell", also von der CDU/CSU mit Strauß an der Spitze und den offen faschistisch auftretenden Gruppen ausgeht. Dadurch soll nur von dem tatsächlichen Prozeß der Faschisierung abgelenkt werden. Abgesehen von der Gefahr des Faschismus, die von einer möglichen Besetzung Westdeutschlands durch die russischen Sozialimperialisten droht, geht die faschistische Gefahr in Westdeutschland gegenwärtig hauptsächlich unmittelbar vom imperialistischen Staatsapparat und den herrschenden Parteien der Monopolbourgeoisie aus. Und seit den Notstandsgesetzen, die von der großen Koalition beschlossen wurden, sind infolgedessen die einschneidendsten Faschisierungsmaßnahmen keineswegs von der CDU/CSU, sondern von der SPD/FDP-Regierung durchgeführt worden.

Die Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie konzentrieren sich hauptsächlich auf die Kommunistische Partei und andere Revolutionäre. Im letzten Jahr wurden insgesamt über 60 Jahre Gefängnis gegen Revolutionäre und Kommunisten verhängt. Und diese Aufstellung kann keine Vollständigkeit beanspruchen. Davon ungefähr 10 Jahre gegen Genossen und Sympathisanten der Partei und der Roten Garde. Allein in Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier wurden über zwei Jahre Gefängnis und insgesamt über 100000 DM Geldstrafen ausgesprochen. Hinzu kamen im vergangenen Jahr Geld-

strafen gegen Genossen und Sympathisanten unserer Partei mit einer Gesamtsumme von ebenfalls über 100000 DM, die aufgrund von Anklagen verhängt wurden, die nicht in Zusammenhang mit der Ermordung unseres Genossen Günter Routhier stehen. Rechnet man die Geldstrafen hinzu, die in noch laufenden Verfahren beantragt wurden, kommt man auf eine Gesamtsumme von über 500000 DM. Klar zeigt sich die Tendenz, daß die bürgerliche Klassenjustiz von Geldstrafen zu Gefängnisstrafen übergeht. Diese Zahlen zeigen, Was hinter dem Gerede vom „freiheitlich demokratischen Rechtsstaat" wirklich steckt: die Diktatur der Kapitalistenklasse.

Die Faschisierung bedroht die gesamte Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk. So soll das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz zwar auch in erster Linie die Grundlage für das Verbot jeder marxistisch-leninistischen Propaganda schaffen, aber betroffen sind bereits auch Mieterinitiativen, Fahrpreiskomitees, Streikversammlungen usw. Wie breit die Bourgeoisie den Terror gegen die Arbeiterklasse plant, zeigt die Kartei des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Bereits jetzt umfaßt diese Kartei zwei Millionen Adressen. Rechnet man die Genossen und aktiven Sympathisanten unserer Partei und der anderen revolutionären Organisationen zusammen, bleibt man selbst bei übertrieben optimistischer Schätzung unter 100000. Gehen wir ferner davon aus, daß auch die modernen Revisionisten registriert werden und noch die antikapitalistisch auftretenden Teile der Jusos — selbst bei dieser Annahme wären noch nicht einmal 20% dieser zwei Millionen Adressen erklärt. Kein Zweifel: der streikende Arbeiter, der demonstrierende Bauer, der protestierende Schüler usw., sie alle versucht der Verfassungsschutz zu erfassen, sie stehen auf der Liste.

Das zeigt, wie gefährlich alle Illusionen sind, eine Barbarei von der Art des Hitlerfaschismus sei nicht mehr möglich. Hitler war kein Ausrutscher der Geschichte, und die eigentlichen Verantwortlichen für die Nazi-Verbrechen, die Monopolkapitalisten, sind nach wie vor an der Macht. Für die Kapitalistenklasse gibt es keinen anderen Weg, um zu versuchen, ihre Herrschaft vor dem Ansturm der proletarischen Revolution zu retten, als die Errichtung der faschistischen Diktatur.



Ein großer Erfolg im Kampf gegen die politische Unterdrückung war die Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS. Das Bild zeigt die Demonstration anläßlich der Gründung der RHD

Die Partei hat sich ideologisch, politisch und organisatorisch gefestigt und weiterentwickelt

Wie wir bereits bei der Betrachtung der internationalen Lage festgestellt haben, kommt für den siegreichen Verlauf der revolutionären Kämpfe der marxistisch-leninistischen Partei die Schlüsselrolle zu. Es zeigt sich, daß selbst dort, wo breite Massen im Kampf stehen, die revolutionäre Bewegung der Massen, wenn die klare Führung durch eine korrekte marxistisch-leninistische Partei fehlt, ein Schiff ohne Kompaß, ohne klaren Kurs bleibt, das ständig Gefahr läuft, auf Klippen aufzulaufen und manövrierunfähig im Sog imperialistischer Interessen, vor allem der einen oder anderen Supermacht, zu treiben. Das ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung. **Unsere Partei hat deshalb stets betont, daß es gegenwärtig die Hauptaufgabe der Kommunisten ist, die Kommunistische Partei aufzubauen, die Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen. Diese Phase ist nach wie vor nicht beendet, aber bei der Lösung dieser Aufgabe hat die Partei große Fortschritte gemacht.**

Das wird deutlich, wenn wir auf die ersten Jahre des Bestehens unserer Partei zurückblicken. Damals stand die Verteidigung und Erhaltung der Existenz der Partei im Mittelpunkt des Kampfes. Im Kampf gegen die ZB-Fraktion oder die Liquidatoren ging es nicht nur darum, eine dem Proletariat feindliche Linie zurückzuschlagen, sondern es ging auch darum, die „nackte" Existenz der Partei zu erhalten und zu verteidigen. Dieses Stadium hat die Partei inzwischen überwunden. Sie ist nicht nur quantitativ gewachsen, sie hat sich vor allem ideologisch, politisch und organisatorisch gefestigt und weiterentwickelt. Dabei ist es von größter Bedeutung, daß die soziale Zusammensetzung der Partei sich deutlich verbessert hat, vor allem auch auf allen Leitungsebenen. Natürlich gibt es nach wie vor Mängel im ideologischen Parteiaufbau. So im Bereich der Schulung. Hier wurde im vergangenen Jahr zwar im großen und ganzen erfolgreich die Schulung der Kader verbessert, aber auf diesem Gebiet bleibt noch wie vor einiges zu tun. **Insgesamt können wir sagen, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei um ihr Zentralkomitee heute fester denn je ist. Das ist ein Ergebnis des prinzipienfesten ideologischen Kampfes, den unsere Partei geführt hat, ein Ergebnis der Tatsache, daß sie es abgelehnt hat, die Einheit in der Partei auf brüchiger, fauler, zentristischer Grundlage herzustellen, sondern im ideologischen Kampf stets die Verteidigung und Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Prinzipien an die erste Stelle setzte.**

Die ideologische, politische und organisatorische Festigung der Partei hat die Grundlage geschaffen für das deutlich verbesserte Eingreifen der Partei in die Tageskämpfe, für die Ausweitung ihrer taktischen Möglichkeiten. Die Betriebs- und Stadtteilzeitungen der Partei zeigen, daß es die Partei nun wesentlich besser als zuvor versteht, bei der Propagierung der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution an den Erfahrungen, die die Arbeiterklasse im täglichen Klassenkampf sammelt, anzuknüpfen. Hier hat die im Herbst 1974 begonnene Ausrichtung gegen Erscheinungsformen der idealistischen Weltanschauung Erfolge gezeigt, auch wenn längst nicht alle Fehler überwunden sind.

In diesem Zusammenhang war die Kampagne zu den Betriebsratswahlen von großer Bedeutung. Auf der Grundlage der zentralen Ausrichtung haben die Betriebsparteizellen ihr Eingreifen in die Betriebsratswahlen diskutiert, haben sie ihre bisherige Arbeit analysiert und versucht, ihren Einfluß im Betrieb realistisch zu bestimmen. **Im Mittelpunkt dieser Diskussionen stand die Frage, wie der Kampf für die sozialistische Revolution mit dem Eingreifen in die Tageskämpfe verbunden werden muß.** Die Partei hat es zurückgewiesen, sich mit verschämten „linken" Losungen an den DGB-Apparat und die modernen Revisionisten anzuhängen. Sie hat einen klaren Trennungsstrich zu den Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung, vor allem dem DGB-Apparat und den modernen Revisionisten, gezogen. Sie hat die reformistischen Anschauungen bekämpft, man müsse nur die offenkundig korrumpierten Leute aus den Betriebsräten hinauswerfen, um diese zu Kampfinstrumenten der Arbeiterklasse zu machen. Sie hat deshalb besonders das Betriebsverfassungsgesetz entlarvt und den Kampf dagegen propagiert. Unsere Partei hat bei den Betriebsratswahlen klar aufgezeigt, wie die Fronten verlaufen: der DGB-Apparat und die modernen Revisionisten wollen die Versöhnung und die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse. Ihre konkreten Verrätereien im Betrieb sind deshalb keine Ausrutscher, sondern logischer Ausdruck dieser Politik. Rote Betriebsräte dagegen sind revolutionäre Klassenkämpfer, die auch in allen Tagesfragen nicht das Ziel aus den Augen verlieren, daß die Arbeiterklasse sich darauf vorbereiten muß, die kapitalistische Ausbeuterordnung durch die gewaltsame sozialistische Revolution zu stürzen. Rote Betriebsräte wollen die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und nicht die Zusammenarbeit mit den Ausbeutern und Unterdrückern der Arbeiterklasse in Mitbestimmungsgremien und Aufsichtsräten. **Diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kann nur im schonungslosen Kampf gegen die Feinde in den eigenen Reihen erkämpft werden. Der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist das wichtigste Instrument, um diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zu schmieden.**

Diese klare Politik der Partei ist bei einem großen Teil der Kollegen auf Verständnis und Anerkennung gestossen. Überall dort, wo Rote Listen oder Rote Betriebsräte zu Wahl standen, hat ein großer Teil der Kollegen diese revolutionäre Politik durch seine Unterschrift und seine Stimmabgabe unterstützt, obwohl der DGB-Apparat und die modernen Revisionisten eine massive Einschüchterungskampagne entfalteten, obwohl die Kapitalisten mit Entlassungen drohten und Entlassungen vornahmen. In manchen Fällen hat sich gezeigt, daß unseren zumeist jungen Genossen noch das nötige Vertrauen in die eigene Kraft fehlt. Das hat dazu geführt, daß weniger Rote Listen aufgestellt wurden als möglich gewesen wäre. Oft waren die Genossen hinterher von ihrem Erfolg überrascht. Insgesamt waren die Betriebsratswahlen ein Erfolg. Sie haben vor allem gezeigt, daß die Partei bereits jetzt die Unterstützung eines großen Teils der Kollegen gewinnt, wenn sie, ohne Abstriche von ihrer revolutionären Linie zu machen, am Bewußtsein der Kollegen anknüpfend in die Tageskämpfe eingreift. Aber auch in dieser Frage können wir uns keinesfalls mit dem Erreichten zufrieden geben. **Die Verbindung der Partei mit den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse muß weiter gefestigt werden; das ist der einzige Weg, um die modernen Revisionisten und den DGB-Apparat innerhalb der Arbeiterklasse zu isolieren und die Arbeiterklasse auf den Weg des revolutionären Kampfes zu führen. Das ist der Weg, auf dem wir die Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus gewinnen werden.**



In NRW beteiligte sich die KPD/ML im letzten Jahr mit eigenen Kandidaten an der Landtagswahl. Hunderttausende wurden durch Flugblätter, Plakate und einem Extrablatt des ROTEN MORGEN mit der Politik der Partei bekannt gemacht.



Eine Delegation des Zentralkomitees der KPD/ML besuchte im Sommer die Volksrepublik China. Sie wurde vom Genossen Yao Wen Yüan, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, empfangen.
Das Bild zeigt Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei, und Genossen Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, im Gespräch mit Genossem Yao Wen Yüan.

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht

Der Kampf gegen die wachsende Faschisierung und für die Verteidigung demokratischer Rechte war auch im zurückliegenden Jahr eine wichtige Front des Klassenkampfes. Unsere Partei hat niemals Rechte kampflos preisgegeben, sondern im Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie diese Rechte, wie bei der Münchner Olympiade das Recht auf Demonstrationsfreiheit, wenn notwendig mit revolutionärer Gewalt erkämpft. Unsere Partei hat allerdings auch niemals in dieser Frage Illusionen verbreitet und stets die Begrenztheit des demokratischen Kampfes aufgezeigt und erklärt, daß letzlich nur die gewaltsame sozialistische Revolution die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur verhindern und die faschistische Gefahr ein für allemal bannen kann.

Es ist völlig absurd, wenn z. B. die Genossen des KBW unserer Partei immer wieder unterstellen, wir würden den demokratischen Kampf geringschätzen. Es ist eben keineswegs so, daß derjenige den demokratischen Kampf am konsequentesten führt, der alle denkbaren Forderungen bis hin zur Wahl von Richtern und Offizieren durch das Volk als realistisch ausgibt. Nach dieser Logik wären die modernen Revisionisten die konsequentesten Verfechter des demokratischen Kampfes. Schließlich behaupten sie sogar, daß man durch den demokratischen

Fortsetzung auf Seite 6



Betriebszeitungen der KPD/ML zu den Betriebsratswahlen.

Ein wichtiges Ereignis in den Betrieben war in diesem Jahr die Betriebsratswahl. An vielen Betrieben wurden Listen aufgestellt, die klassenkämpferische und kommunistische Kollegen als Kandidaten vorschlugen. Die Partei rief in mehreren Betrieben zur Wahl Roter Listen auf. In verschiedenen anderen Betrieben kandidierten Rote Betriebsratskandidaten auf Listen der DGB-Gewerkschaften.

Fortsetzung von Seite 5

Kampf „die Macht der Monopole brechen" und den Sozialismus erkämpfen könne. Wer die Möglichkeiten des demokratischen Kampfes als unbegrenzt hinstellt, anstatt klarzumachen, daß die Kapitalistenklasse mit aller Kraft die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates betreibt, um dem werktätigen Volk durch die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur auch noch die letzten demokratischen Freiheiten zu nehmen, führt den demokratischen Kampf keineswegs konsequent, sondern befindet sich im Fahrwasser des Reformismus. Im Kampf gegen die Faschisierung und für die Verteidigung demokratischer Rechte ist es die wichtigste Aufgabe der Kommunisten, demokratische Illusionen unter den Massen auszuräumen, den Massen anhand der von der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung getroffenen Maßnahmen zu Vorbereitung einer neuen faschistischen Diktatur die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, dem letztlich einzigen Weg zur Verhinderung des Faschismus zu erklären. **Damit leugnen wir keineswegs, daß einzelne faschistische Maßnahmen der Bourgeoisie durch den demokratischen Kampf verhindert werden können, und es ist absolut notwendig, gegen die fortschreitende Faschisierung den demokratischen Kampf breit zu entfalten.**

In der Vergangenheit hat die Partei zwar die richtige Stoßrichtung in die Kämpfe gegen die Faschisierung hineingetragen, aber sie war in der Regel noch nicht in der Lage, diese Kämpfe auch breit zu organisieren. Das hängt natürlich mit der bereits oben dargelegten Entwicklung der Partei zusammen. Im erfolgreichen Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha und im Kampf gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz hat die Partei richtige Schritte eingeleitet, um diesen Mangel zu überwinden. Es ist, wenn auch noch in sehr beschränktem Umfang, gelungen, Menschen für diese Kämpfe zu gewinnen, die der Partei noch relativ fern stehen, aber bereit sind, gemeinsam mit uns, gegen konkrete Verschärfungen der politischen Unterdrückung vorzugehen. Das ist eine sehr gute Sache, die weiter ausgebaut werden muß. Natürlich darf man dabei nicht die Hauptaufgabe aus den Augen verlieren: auch im Kampf gegen die Faschisierung ist das Proletariat die Hauptkraft und es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, in erster Linie unter den Arbeitern zu arbeiten. Völlig falsch wäre es, dort einigen „versprengten Demokraten" nachzujagen, wo die Arbeit der Partei unter den proletarischen Massen noch nicht richtig entfaltet ist.

Im Kampf gegen die Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie stehen naturgemäß jene Genossen mit an vorderster Front, die vor die Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz gezerrt werden. In zig Prozessen sind im vergangenen Jahr Genossen und Anhänger unserer Partei mutig für die Partei und die Interessen der Arbeiterklasse eingetreten und haben die Gerichtssäle in Tribunale gegen die Diktatur der Kapitalistenklasse verwandelt. „*Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht*" diese Feststellung des Vorsitzenden Mao kennzeichnet auch unsere Situation völlig richtig. Diese Prozeßwelle gegen unsere Partei beweist, daß der unversöhnliche Kampf unserer Partei gegen den westdeutschen Imperialismus die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat an empfindlichster Stelle trifft. Das sollten sich vor allem auch jene Leute einmal überlegen, die ausgerechnet unserer Partei vorwerfen, sie hätte den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus eingestellt. Wenn der bürgerliche Staatsapparat sich gezwungen sieht, verstärkt gegen unsere Partei vorzugehen, zeigt das, daß die Ausbeuter ihre Herrschaft in wachsendem Maß durch den Kampf der Partei bedroht sehen. Das zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Aber wir dürfen auch nicht in den Fehler verfallen, die Verfolgungsmaßnahmen auf die leichte Schulter zu nehmen und den Klassenfeind taktisch zu unterschätzen. Wir müssen stärker als bisher darauf achten, unnötige Opfer im Kampf zu vermeiden. Es ist falsch, legale Positionen kampflos aufzugeben. Aber es ist auch falsch, dort, wo diese legalen Möglichkeiten nicht mehr existieren, dem nicht Rechnung zu tragen und dem Feind ins offene Messer zu laufen. **Wo offene, legale Kampfformen nicht mehr möglich sind, müssen wir eben verstärkt zu verdeckten Formen des Kampfes übergehen. Wir müssen immer daran denken, daß die Legalität, wie Lenin es formuliert hat, eine Falle ist und wir müssen Vorkehrungen treffen, nicht in diese Falle hineinzutappen.**

Gerade das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz zeigt deutlich, daß die Bourgeoisie es zwar offensichtlich im Moment noch nicht für günstig hält, die Partei offiziell durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbieten zu lassen, daß sie aber die Bedingungen schafft, ihr und den anderen revolutionären Organisationen weitgehend jede Möglichkeit legaler Tätigkeit zu nehmen. Im Kampf gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz zeigt sich auch noch einmal klar die Rolle der modernen Revisionisten als Wegbereiter des Faschismus. Keinen Finger haben die modernen Revisionisten bislang gegen dieses Gesetz krumm gemacht, obwohl sie doch sonst keine Gelegenheit auslassen, um sich als „aufrechte Demokraten" aufzuspielen. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Den modernen Revisionisten nützt es, wenn die marxistisch-leninistische und revolutionäre Propaganda verboten wird. Sie hoffen, daß sie sich den Massen dann ungehinderter als die „Kommunistische Partei" präsentieren können, um sie zu betrügen. Die modernen Revisionisten sind Todfeinde der sozialistischen Revolution, Wegbereiter des Faschismus. Im Kampf gegen die Faschisierung, für die Verteidigung demokratischer Rechte, kann es mit ihnen keine Einheit geben.

In der Diskussion innerhalb unserer Partei und innerhalb der gesamten revolutionären Bewegung hat im vergangenen Jahr die Frage, welche Konsequenzen sich aus dem verschärften Weltherrschaftsstreben und der daraus erwachsenden Kriegsgefahr für uns ergeben, breiten Raum eingenommen. **Mit der Kieler Rede des Genossen Ernst Aust hat unsere Partei klargestellt, daß es nicht ausreicht, das Wachsen der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges in Worten anzuerkennen, sondern daß die Kommunisten die Pflicht haben, die Massen darauf vorzubereiten und den Kampf gegen die Hauptkriegstreiber, den US-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, zu organisieren.** Bewußt hat unsere Partei dabei ein besonderes Gewicht auf die Entlarvung des russischen Sozialimperialismus gelegt, weil selbst innerhalb der revolutionären Bewegung aufgrund des Einflusses des modernen Revisionismus noch starke Illusionen über den aggressiven Charakter dieser imperialistischen Supermacht bestehen.

In Westdeutschland ist der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution

Im Verlauf der Auseinandersetzung hat unsere Partei sowohl den Fehler bekämpft, den Kampf gegen die beiden Supermächte nicht zu führen, als auch den Fehler, den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und den US-Imperialismus einzustellen. Richtig haben wir die Auffassung verteidigt, daß der Hauptwiderspruch in beiden deutschen Staaten der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, daß das strategische Ziel in beiden deutschen Staaten die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die sozialistische Revolution ist. Richtig haben wir alle Versuche zurückgewiesen, im imperialistischen Deutschland eine Etappe des Kampfes für nationale Unabhängigkeit einzuführen und vom strategischen Ziel der sozialistischen Revolution abzulenken.

Richtig ist die Partei gegen die opportunistische Strömung aufgetreten, unter der Fahne des Kampfes gegen die beiden Supermächte ein Bündnis mit dem westdeutschen Imperialismus anzustreben. Dabei ist die Haltung zur imperialistischen Bundeswehr von besonderer Bedeutung. Es ist absolut notwendig, alle Auffassungen zurückzuweisen, die darauf hinauslaufen, man müsse im Interesse des Kampfes gegen die beiden Supermächte für eine Stärkung der Bundeswehr und der anderen imperialistischen Armeen Westeuropas eintreten. Diese Auffassung ist nicht nur vollständig unmarxistisch, sie ist ein Angriff auf die Interessen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution. Als imperialistische Armee ist die Bundeswehr ein Instrument zur gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes und zur Aggression gegen andere Völker. Niemals wird diese Armee eine „reine Verteidigungsarmee" sein, wie es nicht nur die westdeutschen Imperialisten, sondern auch gewisse Leute, die sich Marxisten-Leninisten nennen, behaupten. **Die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei kämpfen darum nicht für die Stärkung der Bundeswehr, sondern bekämpfen sie als imperialistische Armee. Dagegen tritt die Kommunistische Partei für die Bewaffnung des Volkes ein. Nur das bewaffnete Volk kann sich gegen den Überfall einer oder beider Supermächte verteidigen, nur das bewaffnete Volk kann den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Krieg zum Sturz des Imperialismus, zur Erringung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands verwandeln.**

Krieg dem imperialistischen Krieg

Entschieden muß auch die Auffassung bekämpft werden, im Interesse des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus sei die Anwesenheit der US-Besatzertruppen in Westdeutschland notwendig, Kämpfe für die Vertreibung der US-Truppen seien im Interesse des russischen Sozialimperialismus usw. Unsere Partei hat dagegen richtig an der Auffassung festgehalten, daß die Kämpfe gegen die US-Truppen gerecht und revolutionär sind, daß es die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, diese Kämpfe zu unterstützen und in sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen **beide** Supermächte hineinzutragen. Unsere Partei hat richtig festgestellt, daß man sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus in keiner Weise auf den US-Imperialismus stützen kann, sondern daß beide Supermächte in der gleichen Weise bekämpft werden müssen.

So hat unsere Partei im wesentlichen eine korrekte Linie des Kampfes gegen die beiden Supermächte entwickelt. In einer Frage allerdings wurde in verschiedenen Dokumenten der Partei eine falsche bzw. unklare und mißverständliche Auffassung vertreten. Es handelt sich um die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution in Westdeutschland. So findet sich z. B. im Artikel des Präsidiums der KPD/ML „Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden?" und in unserem Diskussionsbeitrag zu den Gesprächen mit der GRF (KPD) sinngemäß die Feststellung, daß ausgehend von ganz Deutschland in erster Linie die beiden Supermächte, in zweiter Linie der westdeutsche Imperialismus und die neue Bourgeoisie in der DDR bekämpft werden müssen. Nun ist es zwar richtig, daß die sozialistische Revolution strategisch in ganz Deutschland auf der Tagesordnung steht, trotzdem herrschen in der BRD und in Westberlin einerseits und der DDR andererseits verschiedene Monopolbourgeoisien und man muß die Frage nach dem Hauptfeind darum konkret für beide Teile unseres Vaterlandes stellen und beantworten. In beiden Dokumenten wird die Frage des Hauptfeindes in Westdeutschland nicht direkt angesprochen. Faktisch wurde aber in verschiedenen Dokumenten von uns die Auffassung verbreitet, auch in Westdeutschland müsse der Kampf in erster Linie gegen die beiden Supermächte und erst in zweiter Linie gegen den westdeutschen Imperialismus geführt werden. Diese Frage wurde im Zentralkomitee gründlich analysiert und lange diskutiert.

Das November-Plenum des Zentralkomitees unserer Partei ist einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß diese Einschätzung falsch ist. Wir müssen davon ausgehen, daß es die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, die Arbeiterklasse zum Sturz des Imperialismus durch die sozialistische Revolution zu führen. Dabei muß die Partei von einer realen Analyse der Klassenverhältnisse ausgehen, die Bündnispartner der Arbeiterklasse und die Feinde der Revolution richtig bestimmen. **Gegenwärtig wird die Arbeiterklasse in Westdeutschland in erster Linie vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt, in zweiter Linie vom US-Imperialismus.**

Der russische Sozialimperialismus dagegen, der der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der DDR ist, ist an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in Westdeutschland kaum unmittelbar beteiligt. Aber von ihm geht eine äußerst starke Bedrohung für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in Westdeutschland aus. Er ist neben dem US-Imperialismus gegenwärtig der Hauptkriegstreiber, er hält einen Teil Deutschlands besetzt und hält gemeinsam mit dem US-Imperialismus, dem westdeutschen Imperialismus und der Honecker-Clique die Spaltung der deutschen Nation aufrecht, er bedroht Westdeutschland. **Deshalb ist es unsere Aufgabe, im Kampf für den Sturz des westdeutschen Imperialismus und die Vertreibung des US-Imperialismus die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zur größten Wachsamkeit gegenüber dem aggressiven russischen Sozialimperialismus zu erziehen und den russischen Sozialimperialisten überall entschlossen entgegenzutreten, wo sie versuchen, ihren Fuß nach Westdeutschland zu setzen und ihren Einfluß hier zu vergrößern.** Das Zentralkomitee ist der Auffassung, daß wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus sogar noch verstärken müssen.

Natürlich ist es so, daß keine der beiden Supermächte der Entstehung eines sozialistischen Deutschlands tatenlos zusehen wird. Auch für Westdeutschland gilt, daß nicht nur der US-Imperialismus versuchen würde, einen Aufstand der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen den westdeutschen Imperialismus niederzuschlagen, sondern daß unter Umständen auch der russische Sozialimperialismus in einer solchen Situation versuchen würde, in Westdeutschland einzudringen. **In dieser Frage müssen wir alle Illusionen bekämpfen und der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen klar sagen, daß nicht nur der westdeutsche Imperialismus, sondern auch die beiden Supermächte geschlagen werden müssen, wenn die sozialistische Revolution siegen soll.**

Als Hauptfeind aber muß die Arbeiterklasse in der Regel jeweils die Monopolbourgeoisie bekämpfen, die ihr unmittelbar als herrschende Klasse gegenübertritt. Das muß keineswegs immer die „eigene" Monopolbourgeoisie sein. So war die westdeutsche Monopolbourgeoisie Anfang der 50er Jahre so stark unter der Kontrolle der US-Monopolbourgeoisie, daß die US-Monopolbourgeoisie die eigentlich herrschende Klasse in Westdeutschland war und der US-Imperialismus in Westdeutschland als Hauptfeind bekämpft wurde. Heute schätzt das Zentralkomitee die Situation in



Mit über 2000 Teilnehmern gab der Jugendkongreß der ROTEN GARDE in Offenbach ein eindrucksvolles Bild vom revolutionären Schwung, mit dem die Jugend an die Aufgaben des revolutionären Kampfes herangeht. In 8 Städten nahm die ROTE GARDE im letzten Jahr neu ihre Arbeit auf.



Die Demonstration zum Roten Antikriegstag war mit über 5000 Teilnehmern ein machtvoller Beitrag im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die gegenwärtig die Hauptkriegstreiber sind.

der DDR so ein, daß die neue Bourgeoisie so stark unter der Kontrolle des russischen Sozialimperialismus steht, daß die russische Monopolbourgeoisie die eigentlich herrschende Klasse in der DDR ist. Der Einfluß des US-Imperialismus in Westdeutschland dagegen darf zwar keinesfalls unterschätzt werden, er ist aber so groß, daß man sagen kann, die westdeutsche Monopolbourgeoisie wäre nicht die herrschende Klasse in Westdeutschland. Der westdeutsche Imperialismus ist nicht nur ein eigenständiger Imperialismus, sondern sogar die wohl stärkste imperialistische Macht nach den beiden Supermächten.

Nun könnte man einwenden, daß im Falle einer Besetzung Westdeutschlands durch den russischen Sozialimperialismus dieser der Hauptfeind sein würde, daß es darum richtig wäre, schon jetzt den russischen Sozialimperialismus als Hauptfeind zu bekämpfen. Natürlich ist eine solche Entwicklung möglich. Der Hauptfeind in einem Land kann sich ändern, ohne daß sich Hauptwiderspruch und die strategische Etappe ändern. So ist es natürlich auch möglich, daß der russische Sozialimperialismus eines Tages in Westdeutschland der Hauptfeind sein wird. Aber kann man auf der anderen Seite ausschließen, daß imZuge der verschärften Rivalität der beiden Supermächte der US-Imperialismus einen Putsch in Westdeutschland inszeniert, weil ihm die westdeutsche Monopolbourgeoisie eine zu schwankende Haltung einnimmt? Auch diese Möglichkeit, durch die der US-Imperialismus zum Hauptfeind in Westdeutschland würde, kann man nicht ohne weiteres ausschließen. Wir sehen, daß ein Wechsel des Hauptfeindes für Westdeutschland sehr wohl möglich ist, daß wir aber gegenwärtig darüber nur spekulieren können. **Wir dürfen nicht in den subjektivistischen Fehler verfallen, diese Spekulation mit der Realität zu verwechseln.**

Es gibt nur einen Weg, die Arbeiterklasse auf jede mögliche Entwicklung vorzubereiten. Die Kommunistische Partei muß die Arbeiterklasse im Geist des entschlossenen Kampfes für den Sieg der sozialistischen Revolution erziehen. Sie muß sie zum unversöhnlichen Kampf gegen jeden Feind der sozialistischen Revolution erziehen. Ist vielleicht unter den albanischen Kommunisten und Volksmassen eine heillose Verwirrung ausgebrochen, als plötzlich nicht mehr der italienische, sondern der deutsche Faschismus der Hauptfeind war? — Natürlich nicht. Die albanischen Kommunisten und Volksmassen haben unbeirrt am revolutionären Befreiungskampf festgehalten und den neuen Hauptfeind genauso entschlossen bekämpft und besiegt wie den italienischen Faschismus.

Die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution in einem Land darf man nicht mit der Frage der Hauptkriegstreiber verwechseln. **Im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr müssen natürlich in erster Linie die beiden Supermächte bekämpft werden.** Von ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr aus. Die Feststellung *„Imperialismus bedeutet Krieg!"* besagt, daß Kriege so lange unvermeidlich sind, so lange das



Ein großer Erfolg waren die Roten 1. Mai Demonstrationen. Hier der Spielmannszug der Partei in Hamburg.

System des Imperialismus nicht weltweit gestürzt ist. Sie besagt nicht, daß in einer konkreten Situation alle imperialistischen Mächte in gleicher Weise Kriegstreiber sind. Wer gegenwärtig den westdeutschen Imperialismus als Hauptkriegstreiber bekämpft, lenkt damit von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die tatsächlichen Kriegstreiber ab. **Auf der anderen Seite darf man nicht in den Fehler verfallen, den westdeutschen Imperialismus als friedliebend hinzustellen.** Wenn er auch gegenwärtig nicht in der Lage ist, seine aggressiven Ziele auf eigene Faust durch einen imperialistischen Krieg zu verwirklichen, so hat er diese doch nicht aufgegeben. Generell gilt, daß wir zwar den tatsächlichen Differenzierungen und Widersprüchen im Lager der Imperialisten Rechnung tragen müssen, daß wir aber alles vermeiden müssen, was geeignet ist, Illusionen über den Charakter des westdeutschen Imperialismus, der westeuropäischen Imperialisten, des US-Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus zu schüren.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die beiden Supermächte, als die derzeitigen Hauptkriegstreiber hat sich im vergangenen Jahr erfolgreich entwickelt. Ein Anzeichen dafür ist die Demonstration am Roten Antikriegstag in Frankfurt, bei der über 5000 Menschen dem gemeinsamen Aufruf unserer Partei und der GRF (KPD) folgten. Darüber hinaus aber hat unsere Partei bei vielen Gelegenheiten die Friedens- und Entspannungsphrasen der Imperialisten und vor allem auch der modernen Revisionisten entlarvt. **Nach wie vor aber ist es so, daß den werktätigen Massen unseres Landes die wachsende Kriegsgefahr nicht ausreichend bewußt ist, und wir müssen unsere Anstrengungen in dieser Frage noch verstärken.**

Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg spielt die Jugend eine besonders wichtige Rolle. Deshalb stand der Jugendkongreß der ROTEN GARDE in Offenbach auch unter dem Thema „Jugend gegen den imperialistischen Krieg". **Im letzten Jahr hat die Partei in der Jugendarbeit insgesamt gute Fortschritte gemacht.** Mit der Herausgabe der Zeitung der Roten Garde und dem Jugendkongreß hat die Rote Garde insgesamt einen Aufschwung genommen, unsere jungen Genossen haben viele ausgezeichnete Initiativen entfaltet und eine Reihe neuer Zellen der Roten Garde konnten im vergangenen Jahr gegründet werden. Auf diesem Weg müssen wir weitermachen. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben erneut gezeigt, daß die Jugend eine große revolutionäre Kraft ist, daß die Partei und die Rote Garde, wenn sie sektiererische Fehler vermeiden, gerade unter der Jugend auf eine große Begeisterungsfähigkeit für den revolutionären Kampf und revolutionären Ziele der Kommunisten stoßen.

Vorwärts im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten

Fortschritte wurden im vergangenen Jahr auch im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten erzielt. Mit der Westberliner Rede des Genossen Ernst Aust ergriff unsere Partei in dieser Frage die Initiative. Zum 1. Mai, zum Roten Antikriegstag und zum Kampf gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz wurden auf zentraler Ebene Aktionseinheiten mit der GRF (KPD) vereinbart und im großen und ganzen erfolgreich durchgeführt. Nach einiger Vorbereitungszeit sind die Gespräche zwischen den, darüber hinaus hat auf allen Ebenen eine intensive ideologisch und politische Diskussion eingesetzt, die sichersche Diskussion eingesetzt, die sicherlich viel zur Klärung der zwischen unserer Partei und der GRF noch bestehenden Widersprüche beitragen wird. In welchen Fragen bestehen heute die wesentlichen Widersprüche? Das Zentralkomitee der KPD/ML hält folgende Erklärung für unabdingbar:

1. Es muß anerkannt werden, daß die Gründung der Kommunistischen Partei nur auf marxistisch-leninistischen Grundlagen erfolgen kann. Bei objektiver und selbstkritischer Untersuchung dieser Frage kann man nur zu dem Ergebnis kommen, die marxistisch-leninistischen Grundlagen der Gründung der KPD/ML anzuerkennen und die in der Hauptseite opportunistischen Grundlagen der Gründung der GRF zurückzuweisen.

2. Die bei der GRF aufgetretenen starken Tendenzen zur Blockbildung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie und der Unterstützung der Bundeswehr müssen ausgeräumt werden.

3. Alle Tendenzen, den US-Imperialismus zu verharmlosen, den Kampf gegen ihn einzustellen und für den Verbleib der US-Besatzertruppen in Westdeutschland einzutreten, müssen zurückgewiesen werden.

Alle diese Tendenzen sind gegen die sozialistische Revolution gerichtet.

Unsere Partei wird unbeirrt am Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten festhalten. **Allerdings wollen wir die Einheit auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien. Mit einer Einheit auf opportunistischer Grundlage wäre nichts gewonnen.** Wenn wir auch im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten gewisse Fortschritte erzielt haben, wäre es eine Illusion zu glauben, daß alle Schwierigkeiten überwunden wären, oder daß nicht neue Schwierigkeiten auftauchen werden. Außer der starken Strömung, die ehrlich und rückhaltlos die Einheit der Marxisten Leninisten will, gibt es eben auch Tendenzen, diese Einheit abzulehnen bzw. eine Einheit auf opportunistischer Grundlage anzustreben. Vor diesen Schwierigkeiten aber darf nicht kapituliert werden. Der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten muß entschlossen zum Sieg geführt werden.

Wir sagen das nicht nur zu den Genossen der GRF, sondern auch gegenüber den Genossen anderer revolutionärer Organisationen. **Unsere Partei wünscht auch Gespräche mit dem KBW oder dem KABD.** Wir meinen, daß es hier als erstes notwendig wäre, über die Frage der Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten und den Trotzkisten zu diskutieren. Gegenwärtig ist es so, daß die unterschiedlichen Auffassungen in dieser Frage selbst Aktionseinheiten zwischen unseren Organisationen verhindern. Eine Klärung dieser Frage wäre darum ein wichtiger Schritt im Kampf für die Überwindung der Zersplitterung der revolutionären Kräfte.

In seiner Grußadresse vor einem Jahr hat das Zentralkomitee unserer Partei angekündigt, 1975 werde das Programm der Partei fertiggestellt und auf dem 3. Parteitag der KPD/ML verabschiedet werden. Dieses Ziel haben wir nicht erreicht. Das lag einerseits daran, daß im Zusammenhang mit der wachsenden Kriegsgefahr und dem Kampf gegen die beiden Supermächte bei der Beurteilung einiger strategischer und wichtiger taktischer Fragen neue Aspekte aufgetreten waren, die zunächst geklärt werden mußten. Das lag weiter daran, daß einige so nicht vorausgesehene Aufgaben (z. B. die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten) angepackt werden mußten, so daß die Programmarbeit nicht so zügig vorangetrieben werden konnte, wie es eigentlich gegen Ende letzten Jahres geplant und für möglich gehalten worden war. **Trotzdem hat die Partei in der programmatischen Arbeit im letzten Jahr gute Fortschritte erzielt und wir sind der Erstellung des Programms unserer Partei ein gutes Stück näher gekommen.** Die Arbeit am Programm muß nun so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Das Zentralkomitee ist allerdings der Ansicht, daß wir, auch wenn wir jetzt wiederum gegenüber unserem Plan in Verzug geraten sind, nicht überhastet an diese Frage herangehen dürfen. Wenn in grundlegenden Fragen Unklarheiten auftreten, müssen sie geklärt werden. **An erster Stelle bei der Programmarbeit muß das Bewußtsein der großen Verantwortung stehen, die mit der Ausarbeitung des Programms verbunden ist.** Durch die Tatsache, daß das Programm einige Monate später fertig wird, entsteht der Arbeiterklasse und der Partei kein großer Schaden. Ein schlechtes Programm aber kann grossen Schaden anrichten.

Kolleginnen, Kollegen, Freunde, Genossen!

Unsere Partei kann insgesamt auf ein erfolgreiches Kampfjahr zurückblicken. Das Zentralkomitee dankt allen Genossen für ihren unermüdlichen und unerschrockenen Einsatz. Diese Begeisterung und Einsatzbereitschaft für die Sache des Marxismus-Leninismus, die unsere Partei auszeichnet, wird uns auch im kommenden Jahr in die Lage versetzen, die großen vor uns liegenden Kampfaufgaben zu lösen. Unser besonderer Gruß gilt unseren Genossen im Gefängnis. Wir grüßen unsere marxistisch-leninistischen Bruderparteien in der ganzen Welt. Es ist für unsere Partei von großer Bedeutung, daß im vergangenen Jahr die Beziehungen zu einer Reihe von Bruderparteien durch gemeinsame Gespräche und Erklärungen vertieft und gefestigt werden konnten. Besondere Bedeutung hatten die Gespräche mit den chinesischen und albanischen Genossen, die uns sehr geholfen haben, den Weg der sozialistischen Revolution in unserem Land klarer zu erkennen und die internationalen Entwicklungen besser zu verstehen. Wir grüssen die sozialistischen Länder, vor allem die VR China uns die VR Albanien, in denen die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei die Macht bereits in den Händen halten. Ihre unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien erzielten grossen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und der Festigung der Diktatur des Proletariats sind uns Ansporn und leuchtendes Beispiel in unserem Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Vorwärts mit der KPD/ML!



Mit dem Kampf gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz nahm der Kampf gegen die Faschisierung gegen Ende des Jahres einen neuen Aufschwung. In 5 Städten fanden Demonstrationen mit mehreren tausend Menschen statt.



Ein großer Sieg war die nach zweijährigem Kampf durchgesetzte Einbürgerung des Genossen Sascha. Das Bild zeigt Sascha zusammen mit dem Genossen Heinz Baron, der im Dezember ins Gefängnis geworfen wurde und dem Genossen Peter Bayer, der im November aus der Haft entlassen wurde. Auch Genosse Sascha befindet sich in Haft. Ebenfalls im Gefängnis sind die Genossen Georg Schmidt, Hubert Lehmann und Bernd Reisser.

Bericht aus einem Altersheim

„As son dodn Hund ward wi hier behannelt!"

Korrespondenz. Das sagte mir vor kurzem Opa S. im Pflegeheim — er weinte dabei. Opa S. ist 85 Jahre alt. Er hat sein Leben lang bei der Post hart gearbeitet. Ich mache seit einem knappen Jahr bei ihm Arztbesuche und so lernten wir uns kennen.

Bis vor einem halben Jahr hat er selten geweint. Damals war er noch im Altersheim, hatte ein paar Bekanntschaften gemacht, fühlte sich nicht so ganz alleine. Er sagte immer nur ganz freundlich: „Alle warten hier auf den Tod. Das dauert so lange." Dann war seine Pflege im Altersheim — wo man noch ziemlich selbständig ist, alleine zum Essen gehen können muß usw. — für das überlastete Personal zu schwer geworden. So sagte eines Morgens die Oberin zu ihm: „So, Opa, hier geht das jetzt nicht mehr, morgen früh geht's ab ins Pflegeheim!"

Herausgerissen aus dem bißchen Gemeinschaft, das er sich als alter Mensch noch aufgebaut hatte, landete er in einem Pflegeheim am anderen Ende der Stadt, in einem Zimmer, in dem drei weitere sehr alte Rentner sauber, ordentlich und ganz einsam lagen. Einer starb, kurz nachdem Opa S. eingeliefert wurde. Da kam am nächsten Tag ein Neuer rein, mit dem man sich auch nicht recht unterhalten konnte. So alt war er.

Ein alter Genosse aus dem Stadtteil erzählte mir zum gleichen Heim, in dem Opa S. untergebracht ist: Bekannte von ihm, ein altes Arbeiterehepaar, haben sie überredet, auch in das Heim zu gehen. Sie haben alles aufgegeben — ihre alte Wohnung, alle Möbel, alte Freundschaften — und nun sitzen sie im Heim und möchten bloß wieder raus. Lange Flure, auf denen überall alte Leute ohne Lebensziel wohnen. „Guckt man aus der Tür, dann sind da überall alte Köpfe in den anderen Türen, nee, nee, bloß raus hier", hatte er erzählt. Morgens, mittags, abends pünktlich zum Essen. Wer keinen Schlips umhat, wird von der „christlichen" Heimleitung gerügt. Aber was sollen die beiden Alten machen? Für eine neue Wohnung, neue Möbel ist überhaupt kein Geld da. Die ganze Rente geht ans Heim.

Man darf nicht denken, daß das nur in einigen privaten Heimen von wenigen herzlosen Geschäftemachern so ist. Nein - Opa S. wohnt in einem ganz neuen Heim, das viele Millionen

Alte Arbeiter im sozialistischen China. In der alten Gesellschaft kannten sie nichts als Bitternis, heute haben sie im Ruhestand einen glücklichen Lebensabend.

Wenn ich Opa S. besuche, dann freut er sich immer sehr. Nach den nötigen Untersuchungen setzen wir uns dann noch etwas hin. Dann fängt er meistens an zu weinen. Als er sich beim letzten Besuch wieder gefangen hatte, brach es aus ihm heraus: „As son dodn Hund war wi hier behannelt!" Er erklärte mir das: „Wenn ich Fernsehen gehe, will keiner mit mir reden. Opa ist ja schon so tüterich, sagen sie. Hier im Zimmer sind wir alle schon so alt und krank, daß wir uns nicht helfen können. Das Personal hilft uns auch wenig. Die haben nie Zeit." Opa S. kriegt 1200 DM Rente. Davon sieht er nichts.

gekostet hat, auf das die „ehrwürdigen Stadtväter" so richtig stolz sind. Geht man in das Heim, so ist man erst einmal geblendet. Großer Vorraum mit blitzendem Fußboden, schwere Sessel. An den Wänden teure Bilder, die modern sein sollen. Sie zeigen aber nur, wie krank und seelenlos unsere Gesellschaft ist — einem alten Menschen können sie bestenfalls ein Kopfschütteln entlocken. Alles ist hier vornehm. Es herrscht eine strenge, langweilige Ordnung. „Außen hui und innen pfui." Dieses alte Sprichwort trifft auf die teuersten Altersheime im Kapitalismus gut zu.

Ich habe in den letzten Jahren viele alten Menschen behandelt. Viele — auf jeden Fall mehr als die Hälfte — sagte mir: „Hoffentlich bin ich bald tot, kurz und schmerzlos. Was soll ich hier noch?" Reicht nicht diese Tatsache, dieses schreiende Elend aus, um zu zeigen: der Kapitalismus ist durch und durch verrottet?

Da war eine alte Frau. Sie lag so krank im Krankenhaus, daß sie sich nicht mehr alleine in ihrer Wohnung versorgen konnte. Keiner war zuhause, der ihr half. „Ihr wollt mich ins Altersheim stecken? Nein — dann nehme ich den Strick." Ich verstand sie. Für ihre Wohnung — ein schönes, einfaches Reihenhäuschen, hatten sie und ihr gestorbener Mann ihr Leben lang gearbeitet. Alles hatten sie da hineingesteckt. Ihr Sohn sollte das erben, er sollte es besser haben als sie selbst. Wenn sie nun ins Altersheim gegangen wäre, dann wäre folgendes passiert: Die Stadt, der die Heime gehören, hätte ihr Haus verkauft — besser gesagt geklaut — und davon ihren Platz im Altersheim bezahlt. Das nennen sie dann: „Wir haben sie liebevoll für den Lebensabend bei uns aufgenommen." Welch elende Menschenverachtung. Anstatt genügend viele Gemeindeschwestern auszubilden und zu bezahlen, die dann solche alten Leute in ihrer vertrauten Umgebung pflegen, wird ihnen gesagt: „Entweder du kratzt zuhause ab oder rein ins Heim." Ist es da verwunderlich, wenn viele alte Leute sagen: „Ehe ich in so ein Gefängnis gehe, hänge ich mich lieber auf"?

Die alte Frau, von der ich hier erzähle, ging nicht ins Altersheim, sondern schwerkrank nach Hause. Ich weiß nicht, was dann aus ihr wurde.

Manchem alten Menschen erzähle ich vom Leben der Alten im sozialistischen China und Albanien. Daß die Alten da wohlversorgt sind. Daß sie da aufgrund ihrer langen Lebens- und Berufserfahrungen sehr geachtet sind. Daß sie nicht wie eine leergequetschte Zitrone weggeschmissen werden, wenn sie keinen Profit mehr bringen können, sondern daß ihnen auch noch im Alter wichtige Aufgaben anvertraut werden. Zum Beispiel sind die alten Frauen bei der Erziehung der Kinder im Kindergarten oft eine wertvolle Hilfe. Im Sozialismus wissen die Alten, wofür sie da sind, sie sind stolz auf ihr Alter.

Auch mit Frau B. sprach ich darüber. Sie ist 70 Jahre alt. Sie hat früher mit der KPD gekämpft. Ihr Mann hat zweimal im KZ gesessen und ist an den Folgen dann gestorben. Für sie hatte das „Wiedergutmachungsdeutschland" nach 1945 gerade eine armselige Untermietwohnung und dann einen Platz im Lager über. Da wohnt sie heute noch. „Ich sehe mir immer die China-Filme im Fernsehen an", sagte sie. „Da ist das gut. In der DDR geht es den Rentnern nicht besser, eher schlechter. Aber in China, da ist das ganze Leben eben besser. Aber den Kampf darum, den müßt ihr Jungen führen. Ohne Kampf lernt man das nicht."

Polizei übt Kopfschuss

Nürnberg (Korrespondenz). Liebe Genossen, folgendes erzählte mir eine Kollegin, die in einem Großhandel für Schaufensterfiguren arbeitet:

Am Montag ruft ein Polizist vom Polizeipräsidium Nürnberg in der Firma an und erkundigt sich nach billigen Schaufensterfiguren. Ihm wird gesagt, daß es billige Gipsfiguren gibt, doch gleichzeitig fragt die Kollegin, für welchen Zweck die Figuren bestimmt sind. Der Polizist: „*Wir brauchen die Figuren für Schießübungen in der Ausbildungsabteilung.*" Die Kollegin: „Dann können Sie nur Kunststoffiguren verwenden, die sind allerdings teurer." Der Polizist: „*Sagen Sie, gibt es nicht Halbbrüste, auf die man Köpfe stecken kann, denn für uns sind beim Schießen die Köpfe wichtig.*" Nachdem die Kollegin verneinen muß, bedankt sich der Polizist. Er will sich wieder melden. Bei „Fluchtgefahr" wird die Polizei wohl bald nicht mehr „im Eifer des Gefechts" auf den Kopf zu zielen brauchen. Der Todesschuß ist gut geübt.

Hetze zum Terror gegen Revolutionäre

In hoher Auflage hat das Bundesinnenministerium zum Jahresende kostenlos eine Illustrierte im Stil und der Aufmachung der Bild-Zeitung erscheinen lassen, die ausschließlich der Propaganda für den Terrorapparat des bürgerlichen Staates dient. „bim" Nr. 1, 1976.

Hier werden in Wort und Bild die Spezialeinheiten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zum Kampf gegen die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten vorgestellt, werden die Mordkommandos der Polizei, deren Angehörige ein „*Fünf-Markstück noch aus 300 m Entfernung treffen*" und Auto fahren „*wie der Teufel*" als bewunderungswürdige Helden hingestellt.

Allein die Schlagzeilen machen den Geist dieses Hetzblattes deutlich. Hier einige Beispiele: „*Bomben für eine bessere Zukunft?*"; „*Blutige Bilanz des Terrors*"; „*Nach Hasch- und Sex-Rausch zum Dolch gegriffen — Anarchisten kämpften gegen russische Zaren*" usw usf. Selbstverständlich dürfen auch ein Preisausschreiben — Frage: Wofür sollte die Polizei vorrangig eingesetzt werden?, 1. Preis ein Be-





such beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden — und ein Interview mit Polizeiminister Maihofer nicht fehlen.

Bei seiner wilden Hetze gegen „linke Fanatiker" macht das Bundesinnenministerium allerdings Ausnahmen. „*Die demokratische Linke*", so heißt es da, „*hat ihre Tradition und Verdienste*", und Polizeiminister Maihofer erklärt in seinem Interview auf die Frage, ob man nicht härter „gegen Leute, die unseren Staat abschaffen wollen" vorgehen soll: „*Nicht jede Kritik an unserem Staat, an der Verfassung ist Extremismus*". Die modernen Revisionisten der D„K"P, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die Revolution und die Diktatur des Proletariats verraten haben und den „friedlichen Weg zum Sozialismus" propagieren, die die Gesetze achten und behaupten, daß der bürgerliche Staat nicht vernichtet werden muß, sondern reformiert werden kann — das sind keine Extremisten. Sie haben tatsächlich ihre „Tradition und Verdienste", wenn auch ihre Abhängigkeit von den russischen Sozialimperialisten und ihre Propaganda für sie, wie „bim" in seinem Artikel ausdrücklich feststellt, der Bourgeoisie nicht angenehm ist.

Diese neue Hetzschrift zeigt klar, daß die Bourgeoisie bereit ist, ihre Herrschaft mit allen Mitteln der Gewalt und des Terrors zu verteidigen, zeigt, daß es für die Befreiung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes nur einen Weg geben kann — den der gewaltsamen proletarischen Revolution.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW, Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.:0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.:030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Bremen/Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.00-18.30 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.